Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 266

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6.00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 24. Juni

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Das neue Kabinett Fehrenbach

Die letzten Verhandlungen — Entpolitisierung der Wirtschaft gesichert — Das neue Kabinett
Voraussichtlicher Zusammentritt des Reichstages

b. Berlin, 24. Juni.

Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind im Laufe des gestrigen Tages fortgeführt worden. Zwischen Fehrenbach, Heinze und Stresemann fand gestern nachmittag eine Konferenz statt. In politischen Kreisen nahm man gestern abend an, daß es möglich sein werde, die vorhandenen Schwierigkeiten so weit zu beseitigen, daß am Montag das Kabinett Fehrenbach sich dem Reichstag vorstellen kann. Das Ministerium des Auswärtigen wird der frühere Ministerialdirektor Simons übernehmen, der jetzt den Posten als geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie bekleidet. Zwischen den Parteien ist Uebereinstimmung auch insoweit erzielt worden, als, wie eine offiziöse Mitteilung besagt, die bisherigen demokratischen und Zentrumsminister in ihren Aemtern verbleiben. Für den Posten des Arbeitsministers waren der bisherige preußische Wohlfahrtsminister Stegerwald und der Abg. Baecker-Arnsberg in Aussicht genommen. Beide haben aber abgelehnt. Bezüglich der Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums wird noch verhandelt. Für das Schatzministerium schlägt die Deutsche Volkspartei den Abg. v. Raumer vor.

Die innerpolitische Lage hat im Laufe des gestrigen Nachmittags wider Erwarten keine Aenderung erfahren. Die Sozialdemokraten saßen in ihrer gestrigen Nachmittagssitzung keinen Beschluß. Sie vertagten sich auf heute vormittag, und so blieb auch den Demokraten, da sie nun einmal ohne die Mehrheitssozialisten nichts tun zu können glauben, nichts anderes übrig, als gestern abend die Sitzung abzubrechen; sie wird heute vormittag fortgesetzt. Von sozialdemokratischer Seite wird betont, daß sie ja bereits am Dienstag zu der Frage der Kabinettsbildung Stellung genommen hätten. Sie hätten keinen Grund, den Demokraten, weil sie an einer bürgerlichen Koalition teilnehmen wollen, weiter entgegenzukommen. Die Fraktion würde sich daher passiv verhalten.

In demokratischen Kreisen hingegen rechnet man nach wie vor damit, daß die Mehrheitssozialisten doch ihre Stellungnahme revidieren werden und in einem neuen Beschluß zeigen, daß sie bis zum Abschluß der Spa-Verhandlungen bereit sind, in der Frage des Vertrauensvotums Konzessionen zu machen.

Die Bayerische Volkspartei trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um sich gleichfalls mit der Frage der Koalitionsbildung zu beschäftigen. Präsident Fehrenbach ist auch an sie herangetreten, um sie zum Eintritt in die Koalition zu veranlassen. Sollte der bürgerliche Block der Mitte zustande kommen, so wird sich die Bayerische Volkspartei diesem anschließen. Den Bayern ist zugesagt, daß sie einen Sitz im Ministerium erhalten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat, so wird berichtet, sich klar darüber, daß augenblicklich keine andere Regierungsbildung möglich ist, als diejenige, die von Fehrenbach angestrebt wird, und die Fraktion weiß nur noch nicht, ob und wie sie das tolerari posse aussprechen soll, da sie es auf Fälle vermeiden will, für irgendwelche Handlungen eines Kabinetts mitverantwortlich gemacht zu werden, in dem auch Deutsche Volksparteiler vertreten sind. Man kann annehmen, daß die Sozialdemokratie vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstag abgeben wird, aber sie wird voraussichtlich durch persönliche Fühlungnahme die entscheidenden Faktoren von ihrem definitiven Schritte unterrichten und so Herrn Fehrenbach die Möglichkeit geben, das Kabinett bei einem wohlwollend neutralen Verhalten der Sozialdemokratie zustande zu bringen.

Gestern nachmittag haben in Kreisen der Deutschen Volkspartei die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft stattgefunden. Die Besprechungen sind nach der sachlichen und persönlichen Seite für die Volkspartei durchaus zufriedenstellend verlaufen. Obwohl im Augenblick nicht feststeht, was die Mehrheitssozialisten beschließen, wird bestimmt damit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte zustande kommt. In parlamentarischen Kreisen wird vielfach die Ansicht vertreten, daß, wenn seitens der Mehrheitssozialdemokratie kein Beschluß gefaßt wird, der ja mit dem gestrigen Wunsche der Demokraten deckt, die Strömung innerhalb der Fraktion sich wird durchsetzen können, die ein Zustandekommen des bürgerlichen Blockes der Mitte als allein möglich ansieht. Von der gleichen Seite wird versichert, daß das neue Kabinett sich am Montag dem Reichstage wird vorstellen können.

Die heutige Lage

Der Aeltestenausschuß des Reichstages tritt, so brachtet unser Sonderberichterstatter, heute mittag zusammen, um sich darüber schlüssig zu werden, ob im Hinblick auf die ungelöste Krise, die für heute nachmittag 3 Uhr anberaumte erste Sitzung des neugewählten Hauses abgehalten werden soll oder nicht. Es ist aber anzunehmen, daß sich der Aeltestenausschuß für die Abhaltung der Sitzung aussprechen wird. Er wird dies in der Erwägung tun, daß tatsächlich eine Regierung vorhanden ist, und daß in der ersten Sitzung ausschließlich gewisse Formalitäten, Namensaufruf und dergleichen, zu erfüllen sind. Bis zur Stunde liegt aber ein endgültiger Bescheid nicht vor.

Am Vormittag gingen die Verhandlungen über die Beendigung der Krise weiter. In parlamentarischen Kreisen wird mit aller Bestimmtheit angenommen, daß neue Störungen nicht eintreten und die neuen Minister sich am Montag dem neuen Hause vorstellen werden. Die Beweggründe, aus denen die mehrheitssozialistische Fraktion am Dienstag nachmittag gegen das Vertrauensvotum für die neue Regierung stimmte, war recht verschieden. Ein Teil der Mehrheitssozialisten war der Meinung, die Verweigerung des Vertrauensvotums würde doch noch zur Bildung einer sozialistischen Regierung führen. Ein anderer Teil glaubt, die Folge des Vertrauensvotums würde die Herstellung der alten Koalition werden. Eine dritte Gruppe sah als erwünschte Folge die Bildung einer Regierung voraus. Eine vierte Gruppe, und das dürfte die stärkste gewesen sein, betrachtete die Verweigerung des Vertrauensvotums als einen vorläufigen Beschluß, der damit begründet sei, daß der Fraktion der Wortlaut der Regierungserklärung noch nicht bekannt sei und eine Regierung, deren Programm man nicht genau kenne, das Vertrauen nicht ausgesprochen werden könne. Kurz, die Beweggründe für die Stellungnahme der Gesamtfraktion waren durchaus nicht einheitlich. Daraufhin ist es auch wohl zurückzuführen, daß die Fraktion gestern nachmittag noch zu keinem neuen Beschluß über ihre weitere Haltung gekommen ist.

Zwischen dem Reichskanzler Fehrenbach und der Deutschen Volkspartei besteht Uebereinstimmung darüber, daß das Reichswirtschaftsministerium nur einer auf dem Gebiete der gesamten Wirtschaft äußerst erfahrenen Persönlichkeit anvertraut werden kann.

Wie wir hören, wird sich das Kabinett Fehrenbach nach den im Laufe des heutigen Vormittags erzielten Vereinbarungen folgendermaßen zusammensetzen:

Reichskanzler: Fehrenbach (Zentrum);
Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsjustizminister: Dr. Heinze (Deutsche Volkspartei);
Reichsminister des Innern: Dr. Koch (Demokrat);
Reichsminister des Auswärtigen: Simon (Demokrat);
Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Zentrum);
Reichsschatzminister: v. Raumer (Deutsche Volkspartei);
Reichswehrminister: Dr. Geßler (Demokrat);
Reichswirtschaftsminister: Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei);
Reichsverkehrsminister: Gröner (parteilos);
Wiederaufbauministerium: wird voraussichtlich nicht besetzt;
Reichspostminister: Giesberts (Zentrum);
das **Reichsarbeitsministerium** ist noch nicht besetzt und gilt als unbestimmt.

In sehr gut unterrichteten Kreisen verlautet heute vormittag, daß an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Scholz berufen werden soll. Dr. Scholz ist Oberbürgermeister von Charlottenburg und ein geborener Rheinländer; vorher war er Bürgermeister in Kassel.

•

Das Zentrum schlägt für den ihm zufallenden Vizepräsidenten des Reichstages den Abgeordneten Dr. Bell und als Schriftführer Dr. Pfeiffer vor.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wählte gestern ihren Vorstand. Vorsitzender ist Staatsminister Hergt. Die Abgeordneten Schulz (Bromberg), Dühringer und Behrens wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Weiter gehören dem Vorstand an: Dietrich, Malkewitz und Schiele.

Die Demokraten wählten Schiffer zum ersten Vorsitzenden, Petersen und Erkelenz zu stellvertretenden Vorsitzenden. — Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei wählte zum ersten Vorsitzenden Leicht.

Drei neue Noten der Entente

Reichswehr. — Entwaffnung. — Flugzeuge.
(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Paris, 24. Juni.

Dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation wurden gestern drei von Millerand gezeichnete Noten zugesandt. Die Beschlüsse der Konferenz von Boulogne sind zuvor abgewartet worden, ehe man sie abschickte. Die erste befaßte sich mit der Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann, die ursprünglich bis 31. März durchgeführt werden sollte, durch den Kapp-Putsch aber bis zum 10. Juli verlängert worden war. Die zweite Note wurde durch die Konferenz von Boulogne genehmigt und enthält Vorschläge des Marschall Foch. Sie behandelt die technische Durchführung der Entwaffnung Deutschlands, die Zerstörung des Kriegsmaterials usw. Die Kanonen, die nicht abgeliefert und nicht zerstört wurden, werden auf 17 000 bezifiert. Die Flugzeuge seien noch zahlreicher und hundertausende von Gewehren sollen in den Händen von Privaten gelassen worden sein, die es diesen Leuten jeden Augenblick gestattet, Anschläge auf die öffentliche Ordnung durchzuführen. Die dritte Note wurde ebenfalls durch die Konferenz von Boulogne genehmigt und beschäftigt sich mit dem Flugwesen. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages sollte Deutschland ermächtigt werden, sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrages Friedensflugzeuge herzustellen. Die Note sagt, daß Deutschland, solange es seine Kriegsflugzeuge noch nicht ausgeliefert habe, mit der Fabrikation von Friedensflugzeugen nicht beginnen dürfte.

(Siehe auch 2. Seite.)

Die neue preußische Verfassung

Von Dr. Wolfgang von Kries,
Vizepräsident der preußischen Landesversammlung.

V. (Schlußartikel.)

Im Gegensatz zu der alten preußischen Verfassung schweigt der neue Verfassungsentwurf über die sog. Grundrechte. Die neue Reichsverfassung enthält in ihrem zweiten Hauptteil hierüber sehr eingehende Bestimmungen (Artikel 109 ff.). Gleichheit vor dem Gesetz, Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung, des Brief-, Telegramm- und Telephongeheimnisses, die freien Meinungsäußerungen in Wort und Schrift, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit sind neben anderen Grundrechten. wie in der alten preußischen Verfassung. auch in der Reichsverfassung, freilich zum Teil in einer gegen früher veränderten Ausgestaltung, gewährleistet. Diese sogenannten allgemeinen Menschenrechte in die neue preußische Verfassung zu übernehmen, scheint mir ein Bedürfnis nicht zu bestehen. Es handelt sich hier um allgemeine Rechtsnormen, die wohl in allen Kulturstaaten grundsätzlich anerkannt sind, aber weder eine Besonderheit des preußischen Staates ausmachen, noch die Grundlagen seines einzelstaatlichen Lebens bilden. Eine Ergänzung des Verfassungsentwurfs in dieser Beziehung dürfte also nicht notwendig sein.

Anders steht es mit den Fragen von Kirche und Schule, über die der Entwurf ebenfalls schweigt. Die Reichsverfassung gibt über Kirche und Schule Vorschriften, die in dem durch die Reichsverfassung gezogenen Rahmen nach ihren Lebensinteressen im einzelnen auszubauen den Einzelstaaten nicht verwehrt ist, und deren Aufnahme in die Länderverfassungen um so mehr geboten erscheint, als die Pflege der Kulturinteressen zu den hauptsächlichsten Aufgaben gehört, welche die unitarische Reichsgesetzgebung den einzelnen Ländern noch übrig gelassen hat.

Vom Standpunkt der Koalitionsregierung ist es verständlich, daß man in dem Verfassungsentwurf, abgesehen von einer Uebergangsvorschrift wegen des landesherrlichen Kirchenregiments, Schul- und Kirchenfragen nicht berührt hat. Jede solche Frage rollt tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsmehrheit auf, die zu beseitigen — wie aus den Kompromißverhandlungen über die Reichsverfassung noch in aller Gedächtnis ist — die allergrößten Schwierigkeiten verursacht.

Die preußische Verfassung würde aber ein jammervoller Korso bleiben, wenn sie sich mit den für jedes staatliche Leben grundlegenden Fragen von Kirche und Schule nicht auseinandersetzte und, soweit bei näherer Prüfung ein Bedürfnis hierzu anerkannt wird, die bezüglichen Vorschriften der Reichsverfassung nicht noch weiter ausbaut.

Ob noch andere im zweiten Hauptteil der Reichsverfassung enthaltene Vorschriften in die preußische Verfassung zu übernehmen sein werden — ich denke hier in erster Linie an Artikel 184, Schutz des Mittelstandes — wird eingehend geprüft werden müssen.

Aus den Schluß- und Uebergangsbestimmungen des Verfassungsentwurfs interessieren besonders die Vorschriften über die Aenderung der Verfassung. Aenderungen der Verfassung können nach § 86 nur beschlossen werden, wenn wenigstens Zweidrittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages zustimmen. Gewiß soll man Verfassungsänderungen nicht leichthin machen; einer Erschwerung solcher Aenderungen wird grundsätzlich niemand widersprechen. Ob es aber wohlgetan ist, die Verfassungsänderungen an Voraussetzungen zu knüpfen, die im gewöhnlichen Laufe der Dinge kaum zu erfüllen sind, scheint mir doch mehr als zweifelhaft. Die Reichsverfassung verlangt für eine Verfassungsänderung eine Anwesenheit von mindestens Zweidritteln der vorhandenen Abgeordneten und fordert weiter, daß von den angebenden Abgeordneten Zweidrittel der Verfassungsänderung zustimmen müssen. Die Zustimmung von Vierneunteln der vorhandenen Abgeordneten würde also nach der Reichsverfassung unter Umständen zu einer Verfassungsänderung genügen. Welche Erschwerung der preußische Verfassungsentwurf diesen Vorschriften gegenüber durch den oben erwähnten § 66 einführen will, vermag nur der in vollem Umfange zu würdigen, der in jahrelanger parlamentarischer Arbeit eingehende Betrachtungen über die Präsenzzahlen der Parlamente anstellen konnte. Ich glaube, daß man über die Vorschriften der Reichsverfassung nicht hinausgehen sollte, wenn ich auch ein gewisses Verständnis dafür habe, daß die bisherige Koalitionsregierung das preußische Staatsgrundgesetz, so wie es ihr vorschwebt, möglichst fest verankern wollte.

Ob freilich diese Absicht sich noch verwirklichen lassen wird, ist nach den inzwischen stattgehabten Reichstagswahlen zweifelhaft geworden. Wenn auch noch völlig unübersichtlich ist, welche Lösung die gegenwärtige Regierung finden wird, ob und welche neue Koalitionsregierung sich bildet oder ob man vielleicht sich entschließen wird, ein sozusagen unpolitisches Geschäftsministerium zu bilden, das das Reichsschiff durch die Klippen und Untiefen der nächsten schwersten Monate steuern soll: fest steht, daß die bisherige Koalition erledigt ist. und diese Tatsache kann natürlich auf Preußen, wo rein formal die alte Mehrheit noch besteht, in Wirklichkeit aber durch die Reichstagswahl auch klar erwiesen ist, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006242-12/fragment/page=0001

hinter der Mehrheit der Landesversammlung nicht mehr die Mehrheit des Volkes steht, ihren Einfluß nicht verfehlen. Ueber das „Wie?“ ist es schwer, schon jetzt ein Urteil zu fällen. Die Möglichkeit, daß die verfassunggebende Landesversammlung sich auflöst, ohne die Verfassung zustande gebracht zu haben, läßt sich nicht von der Hand weisen. Hoffentlich wird der Landesversammlung diese Beschämung erspart, an der freilich die bisherige Koalitionsregierung durch die verspäteten Vorlagen der Verfassung allein die Schuld tragen würde.

Wie es aber auch kommen möge, für die Deutschnationale Volkspartei scheint mir der Weg klar vorgezeichnet, sie muß und wird stets zur Mitarbeit bereit sein, wie möglichst bald dem preußischen Volke eine neue Verfassung zu geben, die Preußen in den Stand setzt, sich wieder zu sammeln und bei dem politischen und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands entscheidend und bahnbrechend mit zu arbeiten.

Die steigenden Forderungen der Entente

Erhöhung der Polizeitruppen gestattet.

w. Amsterdam, 23. Juni.

Laut „Times“ soll eine in der Entwaffnungsfrage gerichtete Note den deutschen Einwendungen insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Polizeitruppen von 80 000 auf 150 000 Mann gestattet.

b. Rotterdam, 24. Juni.

In den Ententeländern taucht jetzt immer wieder die Bemerkung auf, daß die Entwaffnung Deutschlands Vorbedingung für die Durchführung der Schadenersatzregelung sei. Was diese selbst angeht, so scheint der Appetit in Boulogne selbst noch erheblich gewachsen zu sein. Bekanntlich sollten für dreißig Jahre 3 Milliarden Goldmark jährlich gezahlt werden, mit etwaiger Erhöhung, falls der Eindruck entstünde, daß Deutschland mehr zahlen kann. Außerdem sollten die Zinsen hinzugefügt werden, so daß die Gesamtsumme ungefähr 106 Milliarden Mark betragen hätte. Die immer sehr gut informierten „Daily News“ stellen fest, daß in Boulogne der neue Gedanke die Oberhand bekommen hat, jetzt bereits eine steigende Skala entsprechend dem erwarteten Steigen der deutschen Prosperität zur Unterlage der Zahlungen zu machen. Da außerdem davon die Rede ist, die Zahlungen über 45 Jahre auszudehnen, so liegt der Schluß nahe, daß die insgesamt zu zahlende Summe im Endeffekt weit über 196 Milliarden Goldmark (!) hinausgeht. Es wird zwar gesagt, daß die Wiedergutmachungskommission die Berechtigung hat, die Skala von Fall zu Fall herabzusetzen. Praktisch würde das aber nur bedeuten, daß Deutschland nicht nur wachsende Zahlungen von außerordentlicher Höhe zu machen hat, sondern auch in ununterbrochenen Erörterungen mit der Wiedergutmachungskommission sich ergehen muß, die dieser es ermöglichen, in alle Angelegenheiten Deutschlands sich dauernd einzumischen. Die „Daily News“ sagen, eine einfache Berechnung aus den bisher bekannten Daten ergebe, daß Deutschland ungefähr das Doppelte von 3 Milliarden Goldmark im Jahre zu zahlen haben werde, und findet, das seien „angenehme Nachrichten für Herrn Fehrenbach“ angesichts der großen Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung und -führung. Es muß bemerkt werden, daß absolute Sicherheit über die Beschlüsse der Alliierten in diesem Augenblick noch nicht besteht. Die alliierten Staatsmänner machen es wie immer: sie geben weder der öffentlichen Meinung in ihren Ländern noch Deutschland die Möglichkeit, die gefaßten Beschlüsse zu diskutieren.

*

w. Paris, 23. Juni.

Nach einer Havas-Meldung ist dem Großwesir eine Note der Friedenskonferenz zugestellt worden, in der ihm eröffnet wird, daß die der Türkei zugestandene Frist zur Einreichung ihrer Bemerkungen auf den Friedensvertrag am 26. Juli ablaufe und daß keine Fristverlängerung zugestanden werde.

Die Lage in Thrazien

da. London, 22. Juni.

Die Lage auf dem thrazischen „Kriegsschauplatze“ stellt sich nach den letzten an englischer zuständiger Stelle eingegangenen Berichten, folgendermaßen dar: In Ostthrazien verhält sich Djafar Tahar einstweilen ruhig. Es tritt immer offensichtlicher in die Erscheinung, daß er von bulgarischen Komitadschis und von stellungslosen türkischen Offizieren starken Zulauf erhält. Westthrazien wird bis zur Maritza-Linie von den Griechen mit einer Streitmacht von annähernd 40 000 Mann besetzt gehalten. Diese Truppen sind in der Gegend von Urlu, 17 Meilen südlich Adrianopel, ferner im Norden und Osten von Dedeagatsch und in der Gegend von Gümüldschina konzentriert. In Westthrazien scheinen die Türken nur geringen oder keinen Widerstand geleistet zu haben. Neuerdings hat eine Gruppe nationalistischer Türken in Sofia sich als „Regierung der nationalen Verteidigung des unabhängigen Staates Westthrazien“ ausgerufen und ein Manifest erlassen, in dem sie ihre Absicht erklärt, den Kampf so lange fortzusetzen, bis der Boden des neuen Staates von den Angreifern geräumt sei.

Die militärische Lage in der Ukraine

da. Warschau, 22. Juni.

Die jüngsten, an hiesiger militärischer Stelle vorliegenden Berichte lassen die militärische Lage an der ukrainischen Front in folgendem Lichte erscheinen: Nachdem die Umgruppierung auf der Linie Schitomir-Berditschew vollzogen ist, halten die Polen nunmehr die Eisenbahnstrecke Odessa-Kiew, vornehmlich ihren mittleren Teil, in dem sich die Kreuzung mit verschiedenen anderen strategisch bedeutsamen Bahnen befindet (Koziatin, Schmerinka). Erbitterte Kämpfe haben im Norden und Westen von Kiew, ungefähr 60 Kilometer von der Stadt, stattgefunden. Starke polnische Kräfte, die in der Gegend von Radomysl operierten, haben am Flusse Teterew eine Kavalleriedivision des Korps Budenny umzingelt und vollständig aufgerieben. Bisher hat die bolschewistische Offensive nur die Wiederinbesitznahme Kiews durch die roten Truppen und die Aufgabe der polnischen Stellungen auf dem linken Dnjepr-Ufer zur Folge gehabt. Die polnischen und ukrainischen Truppen halten auch jetzt noch Podolien und ganz Wolhynien besetzt. An der Nordfront, an der Düna und Beresina, ist die frühere Frontlinie wieder vollkommen hergestellt.

Sozialisierungsrummel in Schweden

Harmlose Maßnahmen.

w. Stockholm, 24. Juni.

Die sozialdemokratische schwedische Regierung hat jetzt die schon früher angekündigte Sozialisierungs-Kommission berufen. Die Kommission ist mit besonderen amtlichen Befugnissen ausgerüstet. Der Vorsitzende ist der etwas radikalgefärbte sozialistische Minister Sandler. Es wurden ferner zwei Kommissionen für die Prüfung der Frage der Wirtschaft, Demokratie und der vorläufigen Gesetzgebung für die Gründung von Syndikaten und anderen monopolartigen Zusammenschlüssen berufen. Die Regierung Branting denkt bei der Einsetzung dieser Kommissionen zweifellos mehr an die Stärkung der wahltaktischen Stellung der sozialistischen Partei als an baldige gesetzliche Maßnahmen tiefgreifender Art.

Keine Ruhe in Italien

Heftige Zusammenstöße in Mailand.

w. Rom, 24. Juni.

In Mailand wurde am Dienstag eine Solidaritäts-Kundgebung für die streikenden Eisenbahner veranstaltet. Nachher wollten die Teilnehmer geschlossen ins Stadtzentrum ziehen, was die Polizei gewaltsam verhinderte. Es gab einen heftigen Zusammenstoß, wobei 3 Personen getötet und 50 verwundet wurden. Nachts stellten Patrouillen mit Panzerwagen die Ordnung auf den Straßen wieder her. Für den Tag der Beerdigung der Getöteten wurde der Generalstreik erklärt.

Der Regierungswechsel in Ungarn

b. Wien, 23. Juni.

Von der ungarischen Gesandtschaft in Wien wird bestätigt, daß das Kabinett Simonyi-Semadam am 26. d. M. zurücktreten werde. Die Wahlen jenseits der Theiß seien kürzlich erfolgt und hätten eine Veränderung in der Nationalversammlung zur Folge gehabt, mit der man schon seit längerer Zeit gerechnet habe, so daß der Rücktrittsbeschluß des Kabinetts schon längere Zeit zurückliege. Die Mitteilung besagt, daß kein anderer Grund die Krise veranlaßt habe.

Wenn in Budapest Wert darauf gelegt wird, der Ansicht vorzubeugen, der Verkehrsboykott habe den Rücktritt des Kabinetts Simonyi-Semadam verursacht, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß nur, wenn eine gemäßigtere Regierung ans Ruder komme, der Verkehrsabsperrung ein Ende bereitet werden könne. In hiesigen ungarischen Kreisen rechnet man mit der Berufung des Grafen Apponyi, der wiederholt ausdrücklich erklärt hat, daß er die Mitwirkung der Sozialdemokraten im Parlament und in der Regierung wünsche.

Neue Ueberraschungen im „Korridor“

Eine polnische Sondersteuer?

Von Reisenden, die auf der Fahrt von Ostpreußen nach Berlin in den letzten Tagen den Korridor passieren mußten, wird eine neue, kaum glaubliche polnische Maßnahme berichtet: die polnischen Beamten erheben seit Montag für die Durchquerung des Korridors eine Sondersteuer von 100 Mk. polnischer Währung von jedem Reisenden. Für die kurze Strecke von Dirschau (Tczew) bis Marienburg wird eine Gebühr von 90 Mk. polnischer Währung verlangt. Dabei wird die polnische Mark, die in Wahrheit einen Kurswert von nur 20 Pfg. hat, der deutschen Mark gleichgestellt. Solche Reisenden, die die Abgabe verweigerten, wurden an der Weiterreise verhindert. In der Nacht zum Mittwoch versuchten die Polen sogar die Besteuerung eines Schlafwagens der Interalliierten Kommission in Allenstein, blitzten dabei aber ab. — Die Reichsregierung hat also Anlaß zu neuen Protesten, deren Erfolg freilich — nach den bisher gemachten Erfahrungen — fraglich erscheint, sofern nicht ein Machtwort aus Paris diesem neuen wahnwitzigen Einfall Einhalt gebietet.

da. Warschau, 23. Juni.

Das polnische Finanzministerium beabsichtigt, nachdem es sich mit dem polnischen Plebiszitkommissariat in Beuthen verständigt hat, in den nächsten Tagen dem polnischen Landtag ein Gesetz vorzulegen, nach welchem den Abstimmungsgebieten garantiert werden soll: 1. daß der Kurs der deutschen Mark mit dem Kurs der polnischen Mark nicht gleichgestellt wird, 2. daß die deutsche Mark im freien Handel ebenso wie jede andere Valuta behandelt werden soll.

Sabotage der Wirtschaft

Die pommerschen Arbeitgeberverbände gegen den Streik.

b. Stettin, 23. Juni.

Die heute in Stettin tagenden Arbeitgeberausschüsse des Pommerschen Landbundes haben an die Staatsregierung, den Reichsarbeitsminister, den Staatskommissar für öffentliche Ordnung sowie den pommerschen Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten der Provinz folgende telegraphische Entschließung gerichtet:

„Im Regierungsbezirk Köslin streiken die Angehörigen des Landarbeiterverbandes seit dem 17. Juni. Der Streik ist vom Leiter des Landarbeiterverbandes proklamiert, obgleich die Arbeitgeber grundsätzlich zu Verhandlungen bereit waren. Der Streik entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Die Regierung hat dem Ausbruch und Verlauf des Streiks stillschweigend zugesehen. Als Vertreter der Landwirtschaft Pommerns erheben die gesamten Arbeitgeber der Provinz gegen diese unter Duldung der Regierung sich vollziehende Sabotierung des Wirtschaftslebens schärfsten Einspruch. Wir verlangen nunmehr, nachdem trotz Tarifabschlusses im Kreise Köslin heute, nach 48 Stunden, noch gestreikt wird, sofortige Maßnahmen der Regierung, daß die unsere Volksernährung schwer schädigende, mit unerhörten Auswüchsen verbundene Arbeitsniederlegung unverzüglich eingestellt wird. Wir erklären, als die beauftragten Vertreter der gesamten Arbeitgeberausschüsse der Kreisgruppen des Pommerschen Landbundes, daß wir jetzt nur noch in Verhandlungen eintreten, nachdem die Arbeit bedingungslos aufgenommen ist und die um die Koalitionsfreiheit ringende Arbeitnehmergruppe grundsätzlich voll anerkannt wird. Pommerscher Landbund.“

Erzberger, der Unentwegte

Er bleibt vorläufig im Zentrum.

b. Berlin, 24. Juni.

Gestern nachmittag erschien der Reichsfinanzminister a. D. Matthias Erzberger zum ersten Male wieder im Reichstagsgebäude. Wie wir erfahren, wollte sich gestern die Zentrumsfraktion über das Verbleiben Erzbergers in der Fraktion schlüssig werden. Da glaubte Erzberger natürlich nicht fehlen zu dürfen. Er hielt eine mehrstündige Rede, in der er mit längst bekannten Kunstgriffen operierte; so erklärte er u. a., daß der Helfferich-Prozeß noch lange nicht entschieden sei, da er Revision eingelegt habe. Die Gewerkschaftler unterstützten ihn, besonders Herr Andree setzte sich für Erzberger ein. Die Gewerkschaftler drohten, aus der Zentrumsfraktion auszutreten, wenn Erzbergers Ausscheiden aus dem Zentrum erzwungen würde. So wurde denn endlich beschlossen, daß Erzberger vorläufig Abgeordneter der Zentrumspartei bleibt.

Erzberger kennt keine Scham. Er weiß, was seiner wartet, wenn er im Plenum des Reichstages erscheinen wird und trotzdem versucht er, der Geächtete, mit allen Mitteln wieder Karriere zu machen. Das Zentrum lehnt ihn instinktiv ab, aber auch hier sind es wieder unbelehrbare Gewerkschaftler, die für diesen Reichsverderber sprechen.

Fleiß der andern — ein Streikgrund. In München haben in einer Lebensmittelfabrik sämtliche 66 Arbeiterinnen und 12 Arbeiter gestreikt, weil eine Arbeiterin nicht entlassen wurde, die im Akkord mehr leistete als die anderen. Die sozialdemokratisch viel zu gut geschulten Weiber und auch die Männer verlangten die Entlassung der fleißigen Arbeiterin, was mit aller Entschiedenheit verweigert wurde. Am Dienstag vormittag wurde dann von allen regelrecht gestreikt. Darauf verkündete die Fabrikleitung, nachmittags werde entlassen, wer die Arbeit nicht wieder aufnehme. Daraufhin sind alle wiedergekommen.

In vier Berliner Gemeindeschulen ist ein Schulstreik ausgebrochen.

Die Botschafter der Entente für Berlin sind nunmehr benannt worden.

Kunst und Wissenschaft

Eine Millionenstiftung. Um das Andenken an den Schöpfer der „Gartenlaube“, den Verlagsbuchhändler und Redakteur Ernst Keil in Leipzig zu ehren, ist in Erfüllung der Wünsche seiner verstorbenen Tochter, der Frau Elsbeth Teichmann, geb. Keil eine Stiftung mit einem Vermögen von 1 701 600 Mark errichtet worden. Die Verwaltung hat der Rat der Stadt Leipzig. Die Erträgnisse des Stiftungsvermögens sollen unter anderem wie folgt verwendet werden: 5 v. H. zur Unterstützung von Schriftstellern und Schriftstellerinnen, die unverschuldet in Not geraten sind, und 4 bzw. 3 v. H. für Leipziger Buchhändler, Buchhandlungsgehilfen und Markthelfer, die sich in derselben Lage befinden, 30 v. H. zur Ausschreibung von Preisen an Verfasser oder Verfasserinnen von bereits erschienenen Werken belletristischer, dramatischer und populärwissenschaftlicher Art, die im Sinne der Bestrebungen Keils abgefaßt sind, 20 v. H. zur Abgabe von Stipendien an jüngere mittellose, aufstrebende und hervorragend begabte Schriftsteller oder Schriftstellerinnen, 15 v. H. zu Stipendien für ebensolch Künstler und Künstlerinnen, 10 v. H. zu Ankäufen von Werken deutscher Künstler und Künstlerinnen.

△ **Zum Nachfolger Peter Raabes als erster Kapellmeister am** Deutschen Nationaltheater in Weimar ist nunmehr endgültig Karl Leonhardt vom Staatstheater in Hannover ernannt worden, nachdem er wiederholt in Weimar debütiert und zuletzt am 20. Juni in einem glänzend verlaufenen Brahms-Beethoven-Symphonie-Konzert einen vollgültigen Beweis hervorragenden Dirigententalents erbracht hat. Er wird seine neue Stellung offiziell mit Beginn der nächsten Spielzeit (Ende September) antreten. Karl Leonhardt stammt aus Koburg und erhielt bereits als Gymnasiast höheren Musikunterricht durch Hofkapellmeister Langert. Als Student an der Universität Leipzig besuchte er gleichzeitig das dortige Konservatorium, woselbst Nickisch, Pembaur, Noe und Sick seine Lehrer wurden. 1907 kam er bereits an das damalige Hoftheater in Hannover, wo er zunächst Korrepetitor war, dann Chordirektor, 1912 Kapellmeister und 1917 erster Kapellmeister wurde. In Bayreuth war er in drei Spielzeiten musikalischer Assistent der Festspiele unter Muck, Hans Richter und Siegfried Wagner. Ein eigenartiger Zufall ist es, daß sich Leonhardt 1919 um dieselbe Stelle, die Peter Raabe demnächst in Aachen antritt, beworben hat, seine Bewerbung jedoch infolge besonderer Verhältnisse in den städtischen Körperschaften, die aber nichts mit seiner Persönlichkeit oder seiner Künstlerschaft zu tun hatten, zu keinem Erfolg führte.

— **Der expressionistische Feuilletonstil.** Tanzen da in Hamburg zwei junge Damen, Hamburgerinnen, Töchter des verstorbenen Dichters: Gertrud und Ursula Falke. Wenn sie in Hamburg tanzen, haben sie immer ein dankbares Publikum, und sie verstehen auch etwas von ihrer Kunst. Wie sie aber eigentlich tanzen und was empfängliche Gemüter dabei alles empfinden, sagt einem die hochmoderne expressionistische Kritik einer Hamburgischen Zeitung in folgenden ungemein anschaulichen Stilblüten: „... Der Bogen der Schenkel schleuderte auf. Sie tanzten auf der Glaskapsel der Himmel. Mit den Sternen geschnellt ... Ihnen leiht sich die Kuppel des Zenits, violett von blutüberkreister Ewigkeit, darin sie dargeboten sind der Mark- und Pfennigmenge und den verschluckten Schreien der Einsamen, auf dem Erdachsenfinger kredenzt, bis sie schwirrt von ihren Füßen zu Schwanken, Rausch, Drehwirbel und aus aufreißender Helle enthoben, entschwebt, der Hülle des Tastbaren entfernt ... Ihren Lenden geschliffenes Elfenbein straff im wahrnehmbaren Muskelzug, mit rundem Knie und Knöchel, weichkurvig, auch in der Jachheit wie Bö elastisch. Doch zum Finiszuck das Abschnurren der Spannfeder ... Bewegung brandet über den Hüften. Die Arme schreien, würgen und bitten sich tot, alle Schmerzen bürden sie auf über den schluchzend verbissenen Schultern, den bäumenden Nackenwirbeln, über den Schopf, drin der Weltwind bitter strähnt ... Stipfend nimmt die Ferse Schwung aus der entgegenen Kniekehle ... Die Schrumm-zwei-drei-Musik zuckt in der Doppelkurve des Knies, vom Zweitakt des Oberkörpers überkichert ... Unendlich selig die drei Schritte der hohen schmalen Beine ... Der Grat nirgend verschabt ... Das schüttere Zwergfell (Zwergfell!) des Saales klippte sie hoch, zu selbander ... zum flirrend jonglierten Gegengewicht. Zur Schäkermiene, zur ragenden Karikatur des Verneinens, zum olympischen Lachen ...“ — Wo der Mann diesen Wortschwung hernimmt, ob aus der „entgegenen Kniekehle“, aus den „schluchzend verbissenen Schultern“ oder aus dem „Schopf, drin der Weltwind bitter strähnt“, mögen die Götter wissen. Jedenfalls stimmen wir mit dem „Finiszuck“ seines Referats überein, denn auch unser schütteres Zwerchfell klippt uns hoch zu olympischem Lachen.

— **Die Zustände während der großen französischen Revolution.** Ein Spiegelbild für unsere Zeit. Von Dr. Carl Fey. Mitteldeutscher Verlag, Halle. Preis 3 Mk. inkl. Teuerungszuschlag. — Ein kleines Buch in einem Umfange von nur 62 Druckseiten. Ich weiß nicht recht, ist es nur ein „Spiegelbild“, oder ist es nicht ein grauenvoll-wirkliches Bild unserer Zeit, gemessen an den Zuständen der großen französischen Revolution, das der bekannte Verfasser an der Hand eines erschöpfenden Quellenmaterials hier entrollt. In 3 größeren Abschnitten stellt der Verfasser einst und jetzt gegenüber. Er behandelt in ihnen die allgemeinen politischen Verhältnisse, die sozialen Zustände und den verheerenden Einfluß der feindlichen Stellungnahme der jeweiligen Machthaber — damals und heute — zum Christentum, zur christlichen Kirche, kurz gesagt, zum inneren moralischen Halt der Menschheit, sowie zum Schulwesen und gibt eine erstaunliche Fülle von unerhörten erschütternden Einzelheiten, die einen Blick tun lassen in den Abgrund, an dessen äußerstem Rande wir heute stehen. Dabei atmet das Werkchen eine, man könnte beinahe sagen trockene Sachlichkeit, frei von jeder Gehässigkeit und von jedem Angriff auf Personen, eine Sachlichkeit, welche die Wirkung der Schrift nur erhöht. Das Buch ist ein Warnruf an die zivilisierte Menschheit, ein Werkchen, das mit Rücksicht auf die zunehmende Verhetzung des sogenannten Proletariats jedem, aber auch jedem, der solcher Verhetzung ausgesetzt ist, in die Hand gegeben werden muß. Seine Verbreitung bietet vielleicht noch eine Möglichkeit, des sozialistischen und kommunistischen Wahnsinns Herr zu werden.

Dr. Stein.

— **Hochschulnachrichten.** Wie die „Hochschulkorr.“ erfährt, ist der durch Ableben des Professors R. Knopf freigewordene Lehrstuhl für Neues Testament in der Bonner evangelisch-theologischen Fakultät Prof. D. theol. Wilhelm Heitmüller in Marburg angeboten worden. — Wie wir hören, hat der o. Professor an der Technischen Hochschule in München, Dr. Heinrich Liebmann einen Ruf auf den durch den Tod des Geheimrats Prof. Dr. Stäckel erledigten Lehrstuhl für Mathematik an der Universität Heidelberg erhalten und angenommen. — In Freiburg i. B. verschied der ord. Professor der Chemie und Technologie an der dortigen Universität Geh. Hofrat Dr. Ludwig Gattermann im 61. Lebensjahre. — Der Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs (Jena) stiftete für die Universität Jena 50 000 Mark zur Erteilung eines Lehrauftrags für deutsche, besonders thüringische Volkskunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006242-12/fragment/page=0002
DFG

San Remo, Hythe, Boulogne, Paris, Brüssel — Spaa

Die Staatsmänner der Alliierten versammeln sich alle Augenblicke zu wichtigen Beratungen, und meist bringt der französische Ministerpräsident auch den Marschall Foch mit, offenbar, weil er sich in dessen Gesellschaft sicherer fühlt, so oft er dem schlauen Lloyd George begegnet ist. Im Lenz war man zu San Remo versammelt, kam aber nach längeren Beratungen nur zu dem Ergebnis, daß Deutschland sein Heer bis zum Juli unbedingt auf 100 000 Mann vermindern, seine Waffen ausliefern müsse, daß aber die Endsumme der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen erst auf einer Konferenz in Spa am 23. Juni festgesetzt und zu dieser Konferenz auch der Chef der deutschen Regierung eingeladen werden solle. Als der Frühling weiter ins Land rückte, war Millerand mit seinem Foch in Hythe auf englischem Boden mit Lloyd George zusammen, angeblich, um das Nähere für Spa vorzubereiten. Ergebnis: Deutschland muß sein Heer verringern und alle Waffen ausliefern, da man nach Lloyd George unmöglich diesen wilden Deutschen so gefährliches Werkzeug in Händen lassen könne; über die Festsetzung der Entschädigung wollte man sich später einigen. Nun sind um die Zeit der Sonnenwende die alliierten Staatsmänner zusammen mit dem englischen General Wilson und dem unvermeidlichen Marschall Foch nach Boulogne berufen worden, auch Belgien, Italien, Japan waren dazu geladen. Inzwischen war die Konferenz von Spa längst vom 23. Juni auf den 5. oder 6. Juli vertagt worden, vorgeblich, weil die Reichstagswahlen in Deutschland nicht früher eine verhandlungsfähige deutsche Regierung hervorbringen würden — überraschendes prophetisches Ahnungsvermögen —, aber englische und französische Blätter berichteten, daß auch Anfang Juli die Konferenz in Spa nicht tagen und auf Mitte Juli verschoben, wenn sie nicht ganz aufgegeben werden würde. Bei der Zusammenkunft in Boulogne blieb es aber; sie sollte wiederum eine Vorbereitung für Spa bilden. Doch vorher, am 20. Juni, war Herr Millerand wiederum mit Marschall Foch von neuem in Hythe zum Besuch bei Lloyd George, um dort die nötigen Vorbereitungen für Boulogne zu treffen. Indessen scheint die machtvolle Persönlichkeit des Herrn Foch, je öfter Herr Millerand ihn mitbringt, desto mehr an Eindruck zu verlieren. Denn in Hythe mußten Millerand und Foch Lloyd George im Gebäude des Golfklubs aufsuchen, und der englische Premierminister ließ sie beide, auch den großmächtigen Marschall Foch, eine volle Stunde warten, weil er gerade beim Golfspiel beschäftigt war und seine Partie erst zu Ende spielen wollte. Dann widmete er sich den französischen Herren ganze 15 Minuten für eine Vormittagssitzung; hernach hielt man am Nachmittag noch eine Beratung. Die Verhandlungen gingen, wie es heißt, unter größter Diskretion vor sich. Alarmierende Nachrichten aus der Türkei sollen sie gewürzt haben, auch das Anerbieten des Griechen Venizelos, die gesamte hellenische Armee ohne irgendwelche Gegenleistung den Alliierten zur Bändigung der türkischen Nationalisten zur Verfügung zu stellen, Gegenstand ernster Beratungen gewesen sein; allein dem Danaerchen traute man wiedermal nicht, da er mit einem Geschenk aufwarten wollte, und die Marschälle Foch und Wilson teilten Lloyd Georges Ansicht, daß man den Griechen in Kleinasien freie Hand geben könne, durchaus nicht. Dagegen war das Ergebnis von Hythe: die Entwaffnung Deutschlands müsse rücksichtslos durchgeführt und die deutsche Streitmacht gemäß den Bedingungen des Vertrages von Versailles vermindert werden. Ueber die deutsche Kriegsentschädigung kam wieder keine Einigung zustande.

Am Montag trat dann die große Versammlung der Alliierten in der Villa Belle zu Boulogne zusammen. Lloyd George schien es freilich sehr eilig zu haben; denn er ließ gleich zu Beginn ansagen, die Verhandlungen müßten bis Dienstag beendet sein, damit er noch am Abend heimkehren könne. Ob wieder zum Golfspiel, darüber verlautet nichts. Herr Millerand hingegen verkündete schon bei seiner Ankunft in Boulogne: die Verhandlungen seien gut im Fluß. Man hat in größerem Kreise tatsächlich über alle Händel dieser Welt gesprochen, sich die türkischen Sorgen mitgeteilt und über die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland seine Meinung geäußert. Hier scheinen aber England und Frankreich hart aneinander geraten zu sein. Denn Lloyd George soll geäußert haben: wenn sich Frankreich gegen die Anerkennung der Sowjet-Regierung sträube, so könne es dahin kommen, daß England sich aus dem europäischen Geschäft nach dem Beispiel der Vereinigten Staaten zurückziehe. Wie schon früher wiederholt berichtet wurde, bangt Frankreich um die Milliarden, die es ehemals dem Zarenreich geliehen hat, und die es nun nicht gern als Zahlung für britische Waren abfließen sehen möchte. Die Sowjet-Regierung ist ihm deshalb ein Greuel, weil sie für die Schulden des Zarenreiches nicht aufkommen will und Frankreich sein in Rußland angelegtes Nationalvermögen hinschwinden sieht. Frankreichs Deckung und darum beste Hoffnung besteht in den Milliarden, die das Deutsche Reich zahlen soll. Und darüber ist denn wohl auch in Boulogne hauptsächlich gesprochen worden. Wenigstens nimmt dieser Teil der Beratungen unsere Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch. Wie nun aber verlautet, ist die Tagung wiederum ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Die Entwaffnung Deutschlands und die Verminderung seiner Streitmacht auf 100 000 Mann sei das einzige gewesen, was man fest beschlossen habe. Die Weise aber kennen wir von San Remo, Hythe und nochmals Hythe. In Boulogne soll nach anderen Berichten darüber man sich verständigt haben, daß zwar keine militärische Gewalt angewandt, aber der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich, eine „gemilderte Blockade“ angedroht wird, dafern Deutschland nicht die Bedingungen des Vertrages von Versailles erfülle. Die Hauptsache aber: die feste Umschreibung der von Deutschland zu entrichtenden Kriegskontribution ist noch nicht geregelt. Frankreich hatte den listigen Plan aufgestellt: die deutschen Zahlungen gewissermaßen als Rückendeckung für alle französischen Verpflichtungen gegen Amerika sowohl wie gegen England zu benutzen und die französischen Kriegsanleihen mit den deutschen Zahlungen in festen Zusammenhang zu bringen. Das haben schon vor einiger Zeit die Vereinigten Staaten schroff und unwiderruflich abgelehnt, und England dankt daraufhin ebenfalls für diese Deckung der französischen Verpflichtungen.

Man sollte nun annehmen, daß diese Staaten einsehen, wie der Vertrag von Versailles mit seinen wahnwitzigen Bedingungen sich selbst auffrißt. Ein krankes, von Fieberschauern der Revolution andauernd geschütteltes Deutschland, dem man alles nimmt, auch die Mittel zu seiner inneren Sicherheit, die notwendigen Erfordernisse zur Arbeit, und schließlich die Hoffnung, sich durch Arbeit wieder emporzurichten, kann unmöglich die Riesenzahlungen leisten, die von ihm verlangt werden. Das Pariser „Journal“ schrieb jüngst ganz verständig: Deutschlands Entwaffnung sei nur möglich, wenn die innere Ordnung gesichert sei, die hänge von der Wiederaufnahme der Arbeit, die vom Gedeihen des deutschen Wirtschaftslebens und davon hange schließlich die Entschädigung ab. Aber weder Foch und Millerand, noch Lloyd George und Churchill und wer sich sonst noch in Boulogne eingefunden hatte, können sich zu dieser einfachsten aller Erkenntnisse aufschwingen. Und in den Vereinigten Staaten ruiniert man bewußt durch Währungsschiebungen das deutsche Gewerbeleben. Nun wollen die europäischen Alliierten Deutschland nicht nur die vorhandenen Waffen und alle Möglichkeit zur inneren Sicherheit nehmen, sondern ihm auch noch schwere Zahlungen für schon vernichtetes Kriegsgerät auferlegen, den Bau jeglicher Luftfahrzeuge untersagen, also einen ganzen Gewerbezweig abtöten, und dann seine Zolleinkünfte beschlagnahmen. Woher sollen aber Zölle kommen, wenn Deutschland nichts mehr einführen kann, weil es nicht imstande ist, Gegenwerte auszuführen. Die Herrschaften mögen in Boulogne viel hin und her geredet und sich weidlich über die Verteilung der deutschen Kontributionen gezankt haben; eins aber lassen ihre Verhandlungen abermals gänzlich vermissen: die Einsicht, daß Unmögliches nicht möglich ist. Bestellen sie nun auch ihre Sachverständigen nach Paris und ihre Delegierten zur nächsten Versammlung nach Brüssel: ohne diese Einsicht können sie auch dort nur leeres Stroh dreschen. Was nicht geht geht nicht. Deshalb sollten sie nunmehr, um zu erfahren, was allenfalls gehen möchte, wirklich die Konferenz von Spa berufen und sich mit Deutschland selbst auseinandersetzen. In Compiègne, Paris, Versailles, London, San Remo, Hythe, Boulogne haben sie ohne kundige deutsche Vertreter ganz unter sich getagt, und der Aberwitz von Versailles ist nur immer verrückter geworden. In Brüssel beschließen sie womöglich, auch die Kosten ihrer unsinnigen Beratungen und Konferenzen dem Deutschen Reich aufzuerlegen. Man mag noch so viele Milliarden von Null abziehen: es kommt nicht eine Goldmark heraus.

Die Riesenprovisionen des Prokuristen Hans Plate

von der Reichsstelle für Gemüse und Obst

bildeten den Ausgangspunkt einer Anklage wegen unlauteren Wettbewerbs, die den Direktor der Versicherungsgesellschaft „Allianz“, Herrn Grumbt, vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin führte. Der Verein gegen das Bestechungsunwesen hatte durch seinen Generalsekretär Dr. Pohle den Strafantrag gestellt, der sich auch auf den Prokuristen Plate erstreckte. Das Verfahren gegen den letzteren ist aber eingestellt worden, weil auf ihn als Kriegsbeschädigten die Amnestie Anwendung fand. Plate war bis Ende 1918 Prokurist der Reichsstelle für Gemüse und Obst. Er war gleichzeitig Agent der Versicherungsgesellschaft „Allianz“. Als das Tätigkeitsfeld der Reichsstelle einen immer größeren Umfang annahm und die Versicherung der Transporte in riesigem Umfange geregelt werden mußte, vermittelte Plate, der ja Fachmann war, diese Versicherungen zwischen der Reichsstelle und der „Allianz“. Die umfangreichen Transportversicherungen wurden zunächst nur der „Allianz“ zugewiesen. Diese gewährte Herrn Plate dafür für sich persönlich eine Provision von 15 Prozent. Nach der Bekundung des Direktors Kohlemann von der Reichsstelle erreichten die zu zahlenden Prämien ganz enorme Höhen, die bis zu 1 681 000 Mark, in einem Falle sogar bis auf 13 309 000 Mark emporschnellten. Plate erhielt im Laufe der Jahre von der „Allianz“ im ganzen 1¼ Million Mark Provision. Im Laufe der Zeit ist dann die Reichsstelle bei dem Gewinn der „Allianz“ beteiligt worden. — In diesen Geschäften des Plate in seiner Stellung als Angestellter der Reichsstelle erblickte der Verein gegen das Bestechungsunwesen die Gewährung resp. Annahme von Bestechungsgeldern im Sinne des § 12 des Wettbewerbsgesetzes.

Staatsanwalt Schott meinte, daß die zur Sprache gebrachten Vorgänge ein bezeichnendes Licht auf die Zustände bei manchen Kriegsgesellschaften werfen. Das Verhalten des Angeklagten und Plates sei nicht einwandfrei, ebenso hätte die Leitung der Reichsstelle, die die Interessen des Staates wahrzunehmen hatte, ganz besonders vorsichtig sein müssen, wie ja auch der Zeuge Direktor Kohlmann zugegeben habe, daß er eingegriffen hätte, wenn er die ganze Tragweite der Geschäfte des Herrn Plate übersehen hätte. Der Angeklagte Grumbt habe sich auch strafbar gemacht. Er habe gewußt, daß Plate Prokurist der Reichsstelle war, und habe wissen müssen, daß Plate durch die Zuwendung der riesigen Provisionen zu einer unlauteren Bevorzugung der „Allianz“ gegenüber anderen Versicherungsgesellschaften veranlaßt wurde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2000 Mark Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis. Auf Einziehung der 140 000 Mark wurde nicht erkannt.

Gesetzentwurf über Privatbergregale

Der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes zur Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat zugegangen. Das Gesetz bringt den Artikel 155 Abs. 4 der Reichsverfassung, wonach private Regale im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen sind, zunächst hinsichtlich der Bergregale der früher Reichsunmittelbaren zur Ausführung. Die Ueberführung derjenigen Bergregale, die auf besonderen Rechtstiteln beruhen, — diese Regalrechte sind, abgesehen von Oberschlesien, von untergeordneter Bedeutung — ist einem späteren Gesetze vorbehalten.

Als Rechtsform der Ueberführung, wofür die Reichsverfassung Spielraum läßt, ist im allgemeinen die Aufhebung der Regale gewählt worden, was zur Folge hat, daß automatisch das Vorbehaltsrecht des Staates an den Steinkohlen und Salzen, im übrigen das Berghoheitsrecht des Staates eintritt. Die heutzutage als Rechtsaltertümer erscheinenden Regalrechte als solche in der Hand des Staates fortbestehen zu lassen, erschien mit dem modernen Rechtsempfinden nicht vereinbar. Nur das Abgabenrecht wird unmittelbar auf den Staat übertragen.

Die Hauptschwierigkeit liegt in der Frage der Entschädigung. Soweit es sich um öffentlich-rechtliche Befugnisse handelt, wie z. B. die Bergpolizei, kam eine solche selbstverständlich nicht in Frage. Indessen sind die Regalrechte stark mit privatrechtlichen Elementen durchsetzt und insbesondere das Recht auf die Regalabgaben ist vom Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung als Privatrecht aufgefaßt worden. Hiernach erscheint insoweit eine angemessene Entschädigung nach Art. 153 der Reichsverfassung gerechtfertigt, was auch bereits in ihrem Beschlusse der Landesversammlung zum Ausdruck gekommen ist.

In Uebereinstimmung mit einem von der Handels- und Gewerbekommission der Landesversammlung geäußerten Wunsche sind zur Regelung der Entschädigungsfrage und sonstiger Einzelpunkte Verhandlungen mit den Regalinhabern und solchen Bergwerksgesellschaften geführt worden, denen vertragsmäßig erworbene Rechte auf Verleihung von Bergwerkseigentum innerhalb der Regalbezirke zustehen. Diese Verhandlungen haben trotz mannigfacher Schwierigkeiten zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Insbesondere sind mit den Inhabern der zurzeit praktisch fast ausschließlich in Betracht kommenden westfälischen Bergregale, dem Herzog v. Arenberg, dem Fürsten Salm-Salm und dem Herzog v. Croy einerseits, dem Minister für Handel und Gewerbe als Vertreter des preußischen Staates andererseits Verträge geschlossen worden, die mit dem Gesetzentwurf der Landesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Soweit die übrigen Regale nur unsichere Zukunftsaussichten und keine greifbaren Vermögenswerte darstellen, sollen sie ohne weiteres in Fortfall kommen. Es handelt sich dabei um solche Sonderfälle, wo auch die Anwendung des Grundsatzes der „angemessenen“ Entschädigung zu einem negativen Ergebnis führt.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestattet.

Werschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G. Halle a. S.

Durch die mehrfachen politischen Streiks im Betriebsjahre wurde der Verlauf wiederholt erheblich gestört. Die Unterbringung der Belegschaft, die infolge des Achtstundentages erheblich vermehrt werden mußte, um die Produktion gegenüber dem Vorjahre zu steigern, stieß auf Schwierigkeiten. Der Bau der Heimstätten und der Umbau angekaufter Gehöfte ging nur langsam vonstatten. Ein Teil der Arbeiter mußte deshalb in Baracken untergebracht werden. Das Angebot an ungelernten Arbeitern deckte den Bedarf, Mangel herrscht an Tiefbau-Bergarbeitern. Die Arbeitsfreudigkeit läßt trotz der großen Lohnerhöhungen sehr zu wünschen übrig. Die Betriebshilfsstoffe und Materialien sind im Preise stark gestiegen. Die aus diesen Gründen eingetretene Erhöhung der Selbstkosten konnte durch die Preisaufbesserung der Fertigfabrikate zum großen Teil ausgeglichen werden. Ein Prozeß mit der Kursächsischen Braunkohlen-, Gas- und Kraft-G. m. b. H. wurde durch Vergleich beendet. Die Kohlenförderung ist infolge der Vermehrung der Belegschaften ganz wesentlich gegen das Vorjahr gestiegen, ebenso hat sich die Herstellung der Briketts erhöht, während die Herstellung der Naßpreßsteine zurückgegangen ist. Wagenmangel behinderte den Versand. Die Schwelereien müssen umgebaut werden, da die Oefen nicht mehr leistungsfähig sind. Die Gesellschaft hofft, im laufenden Geschäftsjahre den Umbau vollenden zu können. Der Schwelereibetrieb hat unter den Streiks ebenfalls sehr gelitten, so daß die Erzeugung von Braunkohlenteer und Grudekoks hinter der des Vorjahrs zurückgeblieben ist. Die Abschreibungen betragen 1,274 Mill. Mark (1,354). Aus dem Reingewinn von 2 161 767,78 Mark sollen 11 Prozent Dividende verteilt werden. 251 434,44 Mark sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Bilanz weist an noch nicht fälligen Restkaufgeldern 282 385,36 Mark, und verschiedenen Gläubigern 14 844 931,44 Mark auf der Passivseite, an Außenständen 16 097 821,91 Mark auf der Aktivseite aus.

Warnung vor falschen Dollarnoten. Die Amerikanische Handelskammer in Berlin teilt mit: Seit einiger Zeit sind in vielen Teilen Deutschlands falsche Dollarnoten aufgetaucht und auch gutgläubig in Zahlung genommen worden. Diese Noten stammen aus der Zeit der amerikanischen Bürgerkriege, während welcher sie als Zahlungsmittel der „Confederate States of America“ im Umlauf waren. Die Amerikanische Handelskammer zu Berlin warnt hiermit alle Geschäftsleute vor Annahme dieser Noten, welche durch den Aufdruck: „Confederate States of America“ leicht erkenntlich sind, da diese ihre Gültigkeit verloren haben. Erst kürzlich wurde der Amerikanischen Handelskammer ein Fall unterbreitet, in welchem ein deutscher Kaufmann solche Noten im guten Glauben in Zahlung nahm und dadurch um 2800 Mark (70 Dollar) geschädigt wurde. Aus diesem Grunde weist die Amerikanische Handelskammer erneut darauf hin, daß in allen Zweifelsfällen ausländisches Papiergeld erst einer Bank zur Prüfung unterbreitet werden sollte, ehe es in Zahlung genommen wird.

Einlösung der Fälligkeiten und Erneuerung der Kuponbogen tschecho-slowakischer Wertpapiere. Wie wir hören, finden im Zusammenhange mit den Verhandlungen, die über Wirtschaftsfragen seitens des Deutschen Reiches mit der tschecho-slowakischen Republik vor kurzem in Berlin geführt worden sind und die seit dem 11. d. M. in Prag fortgesetzt werden, auch über eine Reihe von Finanzfragen, insbesondere hinsichtlich der obenerwähnten Angelegenheiten, Besprechungen statt, die hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Alle mündlichen und schriftlichen Anfragen bei den Einlösungsstellen, insbesondere bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig, über den Stand der Angelegenheit sind daher vorläufig zwecklos. Bei dem jetzigen Stande der Dinge empfiehlt es sich, auch bei den Finanzämtern keine Anträge auf Ausfertigung von Bestätigungen zur Einlösung von Kupons und der Erneuerung von Kuponbogen zu stellen, da vielleicht noch im Verlaufe dieser oder spätestens der nächsten Woche die Verhandlungen wenigstens über die Finanzfragen zum Abschlusse und dann sofort zur Durchführung kommen.

Anmeldung von Forderungen in England. Der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache wegen wird nochmals darauf hingewiesen, daß Wechsel und Schecks auf England bis zum 10. Juli in England zur Annahme oder Zahlung vorzulegen sind und infolgedessen sofort mit der Forderungsanmeldung dem Reichsausgleichsamt bzw. der zuständigen Zweigstelle eingereicht werden müssen, damit das Reichsausgleichsamt die Vorlegungsfrist wahren kann.

* **Auf Fahrlässigkeit beruhende Lieferungsunmöglichkeit verpflichtet zu Schadenersatz.** Die Firma Maths u. Co. in Hamburg hatte sich im Jahre 1916 vertraglich verpflichtet, der Firma Klemm in Elmshorn bei Hamburg eine Million Bouillonwürfel zu liefern. Sie lieferte indessen nicht und berief sich auf Erfüllungsunmöglichkeit, die sie nicht zu vertreten habe: sie sei von der Fabrik, bei der sie ihrerseits die Würfel bestellt habe, im Stiche gelassen worden. K. klagte nun auf Schadenersatz in Höhe von 4500 Mk. wegen entgangenen Gewinns usw. und obsiegte sowohl vor dem Landgericht Hamburg wie dem Hanseatischen Oberlandesgericht, das seine Entscheidung wie folgt begründete: Die Beklagte hat dem Kläger Bouillonwürfel aus einer bestimmten Fabrik verkauft. Unfraglich mußte sie sich darüber vergewissern, ob die Fabrik in der Lage war, einen Auftrag in dem fraglichen Umfange auszuführen. Die Fabrik war erst im Jahre 1916 gegründet worden und war zur Zeit des Abschlusses noch nicht in der Lage, größere Mengen Bouillonwürfel herzustellen, dies würde erst dann möglich geworden sein, wenn die in der Schweiz bestellten Maschinen eingetroffen waren. Die Lieferung der Maschinen verzögerte sich fortgesetzt und die Firma kam mit der Fabrikation nicht vorwärts. Beklagte handelte fahrlässig, wenn sie den Auftrag auf Lieferung aus einer Fabrik übernahm, deren Leistungsfähigkeit in Frage stand. Deshalb hat sie die Unmöglichkeit der Vertragserfüllung zu vertreten. Auf die Lieferung anderer zum Ersatz angebotener Würfel brauchte sich Klägerin nicht einzulassen. — Die von der Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet zurückgewiesen. (Aktenzeichen II 44/20.)

* **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) einschließlich der anschließenden Privatbahnen wurden am 28. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 5474 Wagen zu 10 Tonnen.

Gib Deine Grenz-Spende für die Volksabstimmung
dem Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
Geschäftsstelle dieser Zeitung

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Anzeigenteil: Paul Kersten: sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006242-12/fragment/page=0003

U.T

Leipzigerstrasse 88.

Ab morgen! Ab morgen!

Der einzig dastehende Sport- und Spielfilm

Die Spieler

Ein hochaktuelles Drama in 6 Akten nach dem bekannten Ullstein-Roman von Ludwig Wolff.

In den Hauptrollen:

Hch. Peer, Käthe Haack, Carl Beckersachs.

Vorführung: 4.10, 6.20, 8.30 Uhr.

Heute letzter Tag:

Die sterbende Salome.

Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade 11a.

Ab morgen! Ab morgen!

Erst-Aufführung!

Patience

oder

Die Karten des Todes.

Eine schottische Ballade in 5 Akten.

In den Hauptrollen:

Conrad Veidt, Adele Sandrock.

Vorführung: 4.20, 6.30, 8.40 Uhr.

Heute letzter Tag:

Das grosse Licht.

Beginn 4 Uhr.

Wochentags bis 5 Uhr nachmittags kleine Preise

bei vollem Programm!

II. Platz 1.—, I. Platz 2.—, Rang 3.—, Loge 4.— einschliesslich Kartensteuer.

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstr. 51 — Fernruf 4661

Ab Freitag, den 25. Juni:

Erstaufführung!

Eine Demimonde-Heirat!

Das Schicksal einer Ehe in 5 Akten.

In der Hauptrolle: **Lya Mara.**

Er oder Er!

Lustspiel in 3 Akten mit **Gerhard Dammann.**

Heute letzter Tag: DAS GRAUEN!

Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachmittags kleine Preise bei vollem Programm!

Sonntags und Wochentags Einlass 3½ Uhr. — Beginn 4 Uhr.

Apollo-Theater

Tägl. abds. 8 Uhr

„Die Erbtante“

Posse i. 3 Akt. v. H. Treller.

Gastspiel von

Fritz Thurm-Silvare.

In den Hauptrollen:

Paul Beckers und Fritz Thurm-Silvare.

Stadt-Theater

Freitag, den 25. Juni, Anf. 7½, Ende nach 10:

Emilia Galotti.

Sonnabend: abends 6 Uhr:

Die Meistersinger von Nürnberg.

Thalia-Theater

Gastspiel des Stadttheater-Personals. Sonntag, d. 27. Juni 1920 abends 7½ Uhr:

Vor Sonnenaufgang.

Bibliotheken

aller Wissenschaften, kostbare Drucke aller Zeiten und Sprachen sowie einzelne Bücher von Wert kaufe zu höchsten Preisen. Antiquariat Gsellius, Berlin W.8, Mohrenstr. 52.

Dr. Lippert-Kothe

Sanatorium Friedrichroda

Friedrichroda/Thür.

Innere, Nerven-, Stoffwechselkrkh.

Thaliasaal, Dienstag, den 29. Juni 1920

Tanzabend

Elsa Béreny. — Hiri Tamu.

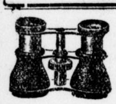
Preise der Plätze: 10.60, 8.20, 5.80, 3.40 Mk. einschl. Steuer in der Musikalienhandlung Albert Manthey, Gr. Ulrichstrasse 12.

Heute Donnerstag in den kühlen, lüftigen, festgeschmückten Räumen des

Café Wintergarten

= Magdeburger Straße 66 =

: Johannisfeier. :



Gelegenheitskauf

Ia. Reisegläser

mit prima Leder-Etuis und Riemen von 150 bis 400 Mk.

Erstklass. Qualität.

Optische Anstalt A. Gödeke, Steinweg 48

Lebensmittel!

Im Auftrage unserer englischen Agenten haben wir sofort greifbar anzubieten:

Palm-Oel, Hards	£ 75.—	per Tonne
Extrahiertes Palm-Kern-Oel	„ 97.—	„ „
Reis-Oel	„ 92.—	„ „
Sekunda Englisb Castor-Oel	„ 99.—	„ „
Soya, Ground nut, Palmkernöl und Baumwollsäureöl	„ 95.—	„ „
Alte Margarine	„ 75.—	„ „
Knochenfett	„ 105.—	„ „

Einfuhrbewilligungen sind beizubringen. Transport ab Verschiffungshafen Liverpool. Verpackung eingeschlossen. Zahlbar bei Auftragserteilung netto Kasse. Muster stehen zur Verfügung.

H. Erlenkamp & Co., Siegen i. Westf.

Telegramme: Erlenkamp Amt Siegen 1486.

Grosser Preissturz in Lebensmitteln!

Wir offerieren freibleibend! **Engros-Preise!**

Ia amerik. Schweineschmalz,		
Faßware	per Pfd.	Mk. 18,50
Blockware, pure lard	per Pfd.	Mk. 18,75
Ia fetten und mageren Salzspeck, nicht tranig	per Pfd.	Mk. 16,75
Ia Rauchspeck	per Pfd.	Mk. 18,25

ferner: **Kond. und steril. Milch, Hülsenfrüchte, Armee- u. Fleischkonserv.** zu fabelhaft bill. Preisen, sowie **Kaffee, Tee, Kakao** und vieles mehr. — Vers. nur gegen Vorausbezahlung. **Streng reelle Bedienung!** Nachnahme ausgeschlossen.

Lebensmittelhandlung Marx & Co.,

Bad Homburg.

Telephon 125 u. 307. — Telegr.-Adr.: Delikat.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung“ vornehmen zu wollen.

Reisegepäck- und Aufruhrversichg.

zu denkbar billigen Prämien. Abschluss sofort telephonisch.

Subdir. **Johs. Erbss,** Dorotheenstr. 1. Tel. 6986.

Fili-Büro: Königstr. 18. Tel. 1079.

Wir haben für unsere geschätzten **Abonnenten** eine

Karte von Mitteleuropa

mit den neuen Gebietsgrenzen

herstellen lassen, welche die in den Friedensbedingungen festgelegten Grenzen klar und deutlich veranschaulicht. Die Karte ist nach neuestem Material bearbeitet und auf tadellosem Papier in Vielfarbendruck sorgfältig ausgeführt. Sie enthält auch die wichtigsten Eisenbahn-Verbindungen und eignet sich infolge ihrer geographischen und politischen Uebersichtlichkeit **zum täglichen Gebrauch für Jedermann.** Nur durch aussergewöhnlich hohe Auflagen ist es möglich, die Karte zu dem billigen Preise von

nur 3 Mark

an die Abonnenten abzugeben.

Den **Bestellschein** bitten wir **auszuschneiden** und der Geschäftsstelle der **„Halleschen Zeitung“** einzusenden.

Bestellschein.

Hiermit bestelle ich unter Nachnahme ——— Exemplare der

Karte von Mitteleuropa

zum Vorzugspreise von 3 Mark für ein Exemplar frei ins Haus. Auswärts 35 Pfg. mehr.

____

____

Genaue Adresse.

Ostseefahrt.

Regelmässiger Passagier-, Gepäck- u. Expreßgutverkehr

Swinemünde–Zoppot–Danzig

Einfache Fahrt M. 90.— 8tägige Rückfahrkarte M. 135.— Kabinenbettkarte M. 50.— Zuschlag.

Mittwochs und Sonnabends von Swinemünde 3.00 vorm. (Anschlusszug ab Berlin Stett. Bahnhof Dienstags und Freitags 10.34 nachm.)
Montags und Donnerstags von Danzig 8.00 vorm., von Zoppot 9.00 vorm. (Rückk. in Berl. Stett. Bhf. Dienstags und Freitags 8.00 vorm.)

Fahrkarten und Auskünfte

an Bord des Dampfers, bei den Vertretungen des Nordd. Lloyd, des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER), den größeren Eisenbahnstationen und der Abteilung

Seebäderdienst des Nordd. Lloyd, Bremen,

Bahnhofstraße 36.

Angebot!

Speisezimmer

Herrenzimmer

Damenzimmer

Schlafzimmer

Küchen

in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Reichhaltigste Auswahl!

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.

Inh. Richard Ziemer,

Halle a. S., Alter Markt 2.

Maschinen- Stich- und Preß-Torf

sowie

Stubben

(Kiefern, Buchen und Eichen) liefert waggon- und kahnweise

Richard Ernst,

Berlin W. 57, Bülowstraße 43.

Tel.: Amt Nollendorf 2191.

Sofort greifbar!

Einige Weißblechschuppen und mehrere Wellblech-Autogaragen in verschiedenen Größen. Lagerliste auf Wunsch.

Gebr. Achenbach, G. m. b. H., Weidenau-Sieg 102.

1 Gleichstrom-Motor, Fabrikat Sachsenwerk, 7,5 PS., 1300 Umdr., 440 Volt, Kupferwicklung und Riemenscheibe, mit **Breit-Dreschmaschine,** 1,70 m br., Fabrikat Wegerich, neu, **1 Reinigungs-Apparat,** neu, gl. Fabrikat, **1 Vorgelege** für elektr. Antrieb, **1 Kreissäge** krankheitshalber sofort für den billigen Preis von 18000 Mark **verkäuflich.** Anfr. an **Apel, Alte Promenade 6.** Tel. 6388.

1 Alemannia-Binder 5'	Mk. 6500.—
1 Grasmäher Fabria 4½'	„ 3100.—
1 Düngerstreuer Fricke 4 m	„ 3000.—
1 Reinig.-Maschine Röber II	„ 1300.—
1 Jauchefaß Drescher, 1000 l mit Verteiler	„ 1100.—

von Landwirt als überzählig zu verkaufen. Sämtl. Maschinen sind neu u. ungebraucht.

Angebote unter **Z. 2988** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Vierſitzer-

Personenauto,

Fabrikat Hexe 8/10 PS., 2 Zyl., Wasserkühlung, mit gebrauchter, aber gut erhaltener Bereifung, Preis 20000 Mark exkl. Steuer, verkauft

Albert Loeser, Quedlinburg.

Telephon 602.

Wir haben zu günstigen Preisen sofort ab Lager abzugeben:

10 to. Radiatoren, Modell II u. III, 660 und 1145 mm Bauhöhe.

20 to. schwarze u. verzinkte Gasröhren, 3/8 b. 2".

Gefl. Anfragen und Aufträge an

Feenders & Wolters, Emden. Tel.-Adr.: Haut.

Fernsprecher Nr. 81 und 139.

Kontroll-kassen National kaufe geg. Barzahl. Nummer u. Preisangabe erbet. Ernst Breitschuh, Leipzig-Gohlis, Heneckestr. 32.

Johannis- und Stachelbeeren sowie Frühobst

kauft jeden kl. u. gr. Posten zu höchsten Tagespreisen

Rudloff,

Obst- u. Südfruchtversand, Germarstr. 10. Tel. 4017.

Bekanntmachung.

Die Gewerbetreibenden der nachstehend aufgeführten Straßenteile werden hiermit aufgefordert, soweit es noch nicht geschehen, ihre Meßgeräte möglichst auf einmal, sauber gereinigt und die Eichstempel ausgebürstet, innerhalb der aufgeführten Fristen an den Montagen und Donnerstagen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags auf dem Eichamte, Kirchnerstr. 19, einzuliefern.

Zur Erleichterung der Einlieferung der Meßgeräte sowie zur Vermeidung ihrer längeren Inanspruchnahme durch das Eichamt kann die Einlieferung durch Mittelspersonen (Wagenbauer) erfolgen, die bei den Gewerbetreibenden vorsprechen und auf Wunsch Ersatz für die abgegebenen Meßgeräte gegen angemessene Gebühren stellen.

In der Woche vom 5. bis 10. Juli 1920:

Fährstraße, Falkstraße, Fasanenstraße, Felsenstraße, Friedenstraße, Gneisenaustraße, Kleine Gosenstraße, Klausbergstraße, Kurallee, Pestalozzistraße, Platanenstraße, Tiergartenstraße.

In der Woche vom 12. bis 17. Juli 1920:

Ludwig-Wucherer-Straße, Bismarckstraße.

In der Woche vom 19. bis 24. Juli 1920:

Schillerstraße, Herderstraße, Hardenbergstraße, Lessingstraße.

In der Woche vom 26. bis 31. Juli 1920:

Fritz-Reuter-Straße, Goebenstraße, Hohenzollernstraße, Kaiserstraße, Kaiserplatz, Blumenthalstraße, Brandenburgerstraße, Kronprinzenstraße.

Halle, den 21. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Tiefbaufirma

wünscht für sofort verfügbaren vollständigen größeren Gerätepark umfangreiche

Abraumarbeiten

zu übernehmen. Angeb. unt. H. Z. 1056 an **Rudolf Mosse, Hamburg,** erbeten.

Sehr gut erhaltene Klinger'sche

Bindfadenstrohpresse verkauft

Rittergut Kleinliebenau bei Schkeuditz.

Dampfdreschmaschine Wolf

B. 60' mit Selbsteinleger und sämtlichen kleinen Riemen **nur 72000 Mark** aus Privathand **zu verkaufen.** Angebote unter **Z. 2989** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Gaszelle

zur Entfändung und Entlausung von Tieren ist aufgestellt im Tierasyl des Tierschutzvereins Halle, Feldstr. 13. Anmeldungen erbeten an Tierarzt **Dr. Baumeier,** Reilstr. 14. Fernspr. 3818.

Motorwagen für Elektromotore, Transportwagen

jeder Art und Grösse fertigen in eigener Werkstatt bei kurz. Lieferzeit

Bölke & Müller,

Prettitz, Kreis Delitzsch.

Tel.: Crensitz 65.

Nach längerem Leiden entschlief sanft am Montag, den 21. Juni unser langjähriger Vertreter **Herr**

Oswald Klingner, Brehna.

Ein Mann mit unermüdlichem Schaffensdrang, durchdrungen von treuem Pflichtbewusstsein, ist mit ihm dahingegangen.

Wir werden ihn nie vergessen.

Spiess & Meyer, früher Otto Koebke,

Halle a. S.

Braut-Frisuren,

Hochzeits-Frisuren, Theater-Aufführungen.

G. Niedermann,

Poststrasse 1.

Draesels

Flechtensalbe

bei **Bartflechte,** sowie **Flechten u. Hautausschläge** aller Art, Mitesser.

Dose M. 5.—. Versand: **Grüne Apotheke, Erfurt 428.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006242-12/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 24. Juni.

Familien-Genossenschaften für die Sommerreise

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Verkehrs-Vereine Friedrich Gontard-Leipzig wirft in der Zeitschrift des Bundes „Deutscher Verkehr" die Frage auf, ob nicht die weniger Bemittelten, denen es in jetziger Zeit nicht gelingt, eine preiswerte gute Sommerfrische zu finden, sich selbst helfen können, um zu ihrem Sommeraufenthalt zu kommen. Er beantwortet diese für viele Tausende bedeutungsvolle Frage mit folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

Viele, namentlich solche, die in einem Beruf vereinigt sind, z. B. Handlungsgehilfen, haben sich zu diesem Zweck eigene Heime geschaffen. Aber das Bauen ist heute teuer und braucht viel Zeit. Weshalb sollte der Zusammenschluß, der diese Heime schuf, für den Ferienaufenthalt nicht auch in der Weise möglich sein, daß geeignete Familien sich zusammentun, um in einem kleineren Ort oder Dorf in gesunder, schöner Gegend — der Bahnlosten wegen natürlich nicht zu weit vom Heimatort — sich gemeinsam in Privathäusern einmieten und die Ernährung und das Kochen einem gemeinsam einzurichtenden Kasino im Anschluß an ein Wirtshaus oder auch ihm ein solches zu übertragen? Die Nahrungsmittelbeschaffung ist das schwierigste Kapitel, aber auch diese wird zu erreichen sein, wenn die einschlägigen Behörden mithelfen. Hier zu nützen, wäre eine dankbare Aufgabe für die Verkehrsvereine, die auch die Zentralstelle für Familien, die entsprechenden Anschluß suchen, oder, soweit es sich nicht um Neugründung einer Vereinigung handelt, für geeignete Unternehmer solcher Gesellschaftsreisen bilden können, Gesellschaftsreisen, die von den bereits seit lange bestehenden sich fast nur dadurch unterscheiden, daß man an einem Ort bleibt. Vielleicht würde mancher ehemalige, im Quartiermachen bewanderte Offizier als derartiger Unternehmer einen Nebenverdienst finden können. Die Tätigkeit kann ausgebaut werden durch gemeinsame Kinderspiele, Ausflüge und dergleichen. Nicht zu vergessen ist auch der Umstand, daß sich aus der Einrichtung dauernd neue Fremdenplätze entwickeln dürften, und daß sogar auch mit ein Teil des so notwendigen Ausgleichs zwischen Stadt und Land erzielt wird.

Das Projekt eines Volkshauses für Halle

Zur Erlangung von Entwürfen für ein Volkshaus für Halle wird neben einigen besonders zur Beteiligung eingeladenen Hallenschen Architekten unter den ortsansässigen Künstlern, welche vor dem 1. August 1919 bereits hier ansässig waren, ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben.

Das Preisrichteramt haben übernommen: 1. Stadtbaurat Pölzig-Dresden, 2. Stadtbaurat Bühring-Leipzig, 3. Architekt Bruno Taut-Berlin, 4. Regierungsrat Kampffmeyer-Karlsruhe, 5. Stadtrat Velthuysen-Halle.

An Preisen werden 15 000 Mark verteilt. Die Bewertung und Preisverteilung erfolgt nach Punkten in der Weise, daß jeder einem Entwurf zugesprochene Punkt einen gewissen Grundpreis darstellt.

Zeitpunkt der Einlieferung: 3. Dezember 1920 beim städtischen Hochbauamt, Rathausstraße 6, Zimmer 106. Die Wettbewerbsunterlagen können vom städtischen Hochbauamt, Rathausstraße 6, Zimmer 106, gegen eine Gebühr von 10 Mark bezogen werden. Der Betrag wird zurückgezahlt, wenn der Bewerber einen Entwurf rechtzeitig einreicht, oder die Unterlagen innerhalb einer Woche zurücksendet.

Das Miet- und Pachteinigungsamt

Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt am Mittwoch abend in „Marx-la-Tour" unter dem Vorsitz des Stadtrats Baumeister Gygas eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in der von Mauermeister Friedrich in einem Vortrage über das Miet- und Pacteinigungsamt gesprochen wurde, und zwar aus Erfahrungen heraus, die er als Beisitzer des Mieteinigungsamtes gemacht hat. Redner führte aus, daß der Haus- und Grundbesitzerverein im Herbst v. J. eine Eingabe an den Magistrat gerichtet habe, um die Unzufriedenheit eines großen Teiles der Hausbesitzer über die Rechtsprechung des Mieteinigungsamtes zum Ausdruck zu bringen. Der Schritt sei nicht ohne Erfolg geblieben, denn es sei inzwischen eine Vermehrung der Beisitzerstellvertreter beim Mieteinigungsamt erfolgt, so daß die Sitzungen nicht mehr so überlastet würden wie in den ersten Jahren. Sodann sei eine bessere Zusammenfassung der Grundlinien, nach denen verfahren wird, erfolgt und die Richter seien durchaus bestrebt, Gerechtigkeit walten zu lassen, sowohl nach Seiten des Vermieters als des Mieters. Hiernach sprach der Redner über die 20prozentige Mietsteigerung seit Juli 1914, Treppenbeleuchtung, Wassergeld und andere den Hausbesitz belastende Kosten. Neuerdings habe das Mieteinigungsamt die Erhöhung der Miete bis auf 25 Prozent zugestanden, auch eine bessere Regelung hinsichtlich der Treppenbeleuchtung und des Wassergeldes sei erfolgt, aber noch keineswegs im Sinne der Hausbesitzer, weil die Kosten zur Unterhaltung eines Grundstückes ebenso wie alles andere gewaltig gestiegen seien. Das Mieteinigungsamt urteile nach billigem Ermessen, es müßten jedoch auch für den Hausbesitzer alle Momente berücksichtigt werden, die im wirtschaftlichen Leben vorkommen. In fast allen Fällen käme er aber mit seinen Forderungen zu kurz. Besonders notwendig sei auch, daß langfristige Mietverträge geändert werden. Alles in allem faßte Redner seine Ausführungen dahin zusammen, daß das starre Prinzip der bisherigen 20prozentigen Mietsteigerung durchbrochen zu sein scheine, was vom Standpunkte des Hausbesitzers als ein kleiner Fortschritt begrüßt werden könne. Hinsichtlich des Pacteinigungsamtes, das vor 1½ Jahren entstand, führte Redner aus, daß es sich bei ihm um ähnliche Erscheinungen wie beim Mieteinigungsamt handle, Kleinland- und Schrebergartenpächter durch das Amt Schutz gegen wucherische Uebervorteilung und frivole Kündigungen erhalten sollten und daß auch beim Pachteinigungsamt nach billigem Ermessen verfahren werde.

Rechtsanwalt Jordan erweiterte die Ausführungen des Redners vom juristischen Standpunkte aus und beantwortete die Fragen: „Wie wird der Wohnungsmangel beseitigt?" und „Was hat der Gesetzgeber nach dieser Richtung getan?" Der Staat hat in der Wohnungsfrage seine Pflichten auf die Gemeinden bzw. die Hausbesitzer abgewälzt, was nicht als demokratisch anzusehen ist. Bei der Mietsordnung hat man sich über die Grundrechte der Verfassung hinweggesetzt. Die früheren, vielfach anfechtbaren Verordnungen sind unter dem 11. Mai 1920 auf gesetzliche Basis gestellt worden, ohne eine bessere Klarheit zu schaffen. Nicht einmal die drei grundlegenden Fragen über das Kündigungsrecht des Vermieters bei Nichtbezahlung der Miete, unsittlichem Verhalten seitens Mieter und hartnäckiger Störung des Hausfriedens seien klar entschieden worden. Besondere Beschwerden wurden vom Redner gegen das Wohnungsamt vorgebracht. Man höre sehr häufig, daß durch die Beamten bei Wohnungsbeschlagnahmen nicht mit dem nötigen Takt vorgegangen werde. Das müßten sich die Hausbesitzer mit aller Energie verbitten, die er aufforderte, in allen Angelegenheiten beim Mieteinigungsamt ruhig und sachlich zu verhandeln. Bezüglich langfristiger Mietverträge wurde angeführt, daß sich das Mieteinigungsamt in dieser Sache nicht für zuständig erklärt, weil sie vor die ordentlichen Gerichte gehöre.

An die Ausführungen beider Redner schloß sich eine Aussprache, in der noch mancherlei Klagen gegen das Mieteinigungsamt laut wurden, jedoch wurde auch mit Anerkennung von ihm gesprochen. Der letzte Redner forderte den Zusammentritt der Beisitzer des Haus- und Grundbesitzervereins zur besseren Befolgung der Grundlinien, nach denen beim Mieteinigungsamt verfahren wird, um auf diese Weise einheitlichere Ansichten in den Kreisen der Hausbesitzer über die Rechtsprechung herbeizuführen, als es jetzt vielfach der Fall sein soll.

Sonntagsruhe im Friseurgewerbe

In Sachen des Verbandes des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Halle, wegen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist auf Grund der Verhandlungen im Schlichtungsausschuß für Halle und den Saalkreis folgender Schiedsspruch gefällt worden, dem sich die Parteien im voraus unterworfen hatten:

1. Jeder Arbeitnehmer hat grundsätzlich Anspruch auf Sonntagsruhe. Sie ist daher unter Berücksichtigung aller Interessen einzuführen.
2. Die Antragsgegner sind verpflichtet, innerhalb 14 Tagen bei der zuständigen Behörde den Antrag auf Erlaß eines Ortsstatuts zur Einführung der Sonntagsruhe zu stellen.
3. Die Sonntagsruhe ist von den Parteien unbedingt spätestens am 1. Oktober 1920 einzuführen, auch wenn das Ortsstatut noch nicht erlassen ist und diese Verzögerung auf Schuld irgendwelcher Beteiligten zurückzuführen ist.
4. Für die Zeit bis zum 1. Oktober 1920 ist den Antragsgegnern freigestellt, entweder Sonntags die vereinbarten drei Stunden arbeiten zu lassen oder anstatt dessen einen ganzen Wochentag freizugeben. Diese Regelung ist spätestens bis 1. Juli 1920 einzuführen.
5. Der Arbeitnehmer, der an einem solchen freien Tage arbeitet für sich oder für andere, kann fristlos entlassen werden.
6. Die am Sonntag ausfallenden drei Arbeitsstunden sind in der Woche nachzuholen.
7. Die von den Arbeitnehmern beantragte Lohnerhöhung fällt weg, da die Arbeitnehmer ausdrücklich erklärt haben, daß sie bei Einführung der Sonntagsruhe darauf verzichten.
8. Die durch diesen Schiedsspruch eingeführte Sonntagsruhe gilt für alle Arbeitnehmer, Gehilfen und Lehrlinge und wird hierdurch zum Bestandteil des bestehenden Tarifvertrages. Es bleibt den Parteien überlassen, die allgemeine Verbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages zu veranlassen.
9. Der Schlichtungsausschuß ist der Ansicht, daß die Vereinbarung vom 18. September 1919, insbesondere in dem Punkte 8, noch unerledigt ist, die Parteien haben sich demgemäß dem Schiedsspruch im voraus unterworfen.

*

Sowohl das Publikum als auch die Arbeitgeber und rückwirkend natürlich auch die Arbeitnehmer werden in absehbarer Zeit zweifellos die Erfahrung machen müssen, daß dieser Schiedsspruch in Wahrheit ein Damoklesgeschenk bedeutet. Erstens werden sich die Rasier- und Frisierstuben des Sonnabends einer noch beängstigenderen Fülle erfreuen als bisher, so daß mancher auf die lange Wartezeit trotz der interessantesten illustrierten Zeitungen verzichten wird. Und dann wird man noch mehr als bisher zur „Selbsthilfe" greifen. Mancher wird es vorziehen, sich der Zeichen seiner Männlichkeit im eigenen stillen Kämmerlein zu entledigen mit Hilfe eines Rasiermessers oder -apparates. Daß dies wiederum ein Einnahmeausfall für die Friseurherren bedeutet, ist leicht einzusehen. Die Natur läßt sich keine Vorschriften machen, auch nicht, wenn es sich nur um den — Bartwuchs handelt.

Keine weitere Bierpreiserhöhung!

Wie die Tagespresse berichtet hat, ist auf dem gegenwärtig in Frankfurt a. M. tagenden deutschen Gastwirtetag die Mitteilung gemacht, daß Verhandlungen über eine 60prozentige Bierpreiserhöhung im Gange seien. Hierzu schreibt uns die Direktion der Engelhardt-Brauerei A.-G. Berlin, daß diese Nachricht nicht zutreffe. Im Gegenteil werde vielmehr darauf hingewirkt, innerhalb der bisherigen Bierpreise eine fühlbare Qualitätsverbesserung möglich zu machen. Diesbezüglich eingeleitete Beratungen dürften in Kürze zum Abschluß gelangen.

Ein Liebesdrama

Schwurgericht.

In der Sitzung am 23. Juni unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Thorwest wurden als Geschworene ausgelost die Herren: Fischler Theodor Dornstein-Halle, Gutsbesitzer Ernst Knittel-Lochau, Gutsbesitzer Otto Fuß-Passendorf, Gutsbesitzer Bertholo Gaul-Peißen, Mechaniker Bruno Weber-Halle, Gutsbesitzer Albert Nischke-Dölau, Schlosser Karl Spieß-Halle, Privatier Waldemar Klein-Halle, Amtsgehilfe August Buchmann-Halle, Dreher Karl Martin-Halle, Landwirt Wilhelm Lehmann-Landsberg (Obmann), Direktor Friedrich Schmidt-Gröbers. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Heuser, die Verteidigung des Angeklagten hatte Justizrat Aronsohn.

Der Eisenbahnhilfsschaffner Hermann Petsche in Canena, geboren 1892, war 1914 beim Militär eingetreten und hatte es dann im Laufe des Krieges bis zum Flugwachtmeister gebracht; er dürfte sich also wohl besonders bewährt haben. Anfang 1919 lernte er nun die unverehelichte Marie Wilhelm kennen, mit der er dann „ging", aber nicht zum Zeitvertreib, sondern in der ernsten Absicht, sie zu heiraten. Wenn die Eltern des jungen Mädchens den Freier auch vielleicht nicht gern gesehen haben, so hatten sie doch auch nichts gegen ihn einzuwenden und erlaubten auch seinen Verkehr in ihrem Hause. Schließlich kam aber heraus, daß er ein uneheliches Kind von etwa 10 Jahren hatte, das bei seiner Mutter erzogen wurde. Die Eltern der M. wünschten den Verkehr nicht mehr, da sie meinten, diese sei noch zu jung, um ein Kind von 10 Jahren erziehen zu können, wenn es zur Heirat käme. Sie wurden auch nicht anderen Sinnes, als der Freier behauptete, das Kind würde weiterhin bei seiner Mutter erzogen werden. Nun wurde den Eltern der M. gar noch hinterbracht, P. habe in Dienitz noch ein Mädchen mit einem Kinde sitzen (was er aber energisch bestritt), und deshalb verboten sie der Tochter jeden weiteren Umgang mit P. Als die Mutter der M. ihm dies in der Wohnung eröffnete, soll er schließlich mit den Worten: „Da werden Sie zeitlebens dran zu kauen haben!" fortgegangen sein. Am 9. Februar früh hat P. nun seine Liebe abgeholt, um sie zu der Fabrik, in der sie arbeitete, zu geleiten und sich auch mit ihr auszusprechen, und als er nun vernahm, daß die Eltern eine Heirat nicht zugeben würden und aus ihnen beiden nichts werden könne, hat er einen Revolver gezogen und das Mädchen durch drei Schüsse in den Kopf schwer verletzt. Es hat 7 Wochen in der Klinik zubringen müssen, nur eine Kugel hat entfernt werden können, während die beiden anderen noch im Kopf sitzen, die eine davon so unglücklich über einem Auge, daß die Möglichkeit einer ernstlichen Gefährdung des Auges für die Zukunft besteht.

Diese Tat hatte den Angeklagten nun vor die Geschworenen gebracht, die darüber zu entscheiden hatten, ob versuchter Mord oder nur versuchter Totschlag vorliege. Sie sprachen ihn nur des versuchten Totschlags schuldig, verneinten aber die Frage nach mildernden Umständen, so daß das Gericht auf Zuchthausstrafe erkennen mußte, die es einschließlich der Strafe für den unbefugten Besitz von Waffen auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und 4 Tagen bemaß, worauf die erlittene Untersuchungshaft von genau vier Monaten als verbüßt angerechnet wurde.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Die Verbrauchsmenge an Fleisch** wird in dieser Woche auf 100 Gramm je Kopf festgesetzt (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte). Es gelangt je zur Hälfte frisches Rindfleisch und Auslandsschweinefleisch zur Verteilung. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 26. Juni durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der restlichen Fleischmarken für die Woche vom 21. bis 27. Juni. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 28. Juni an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm 2,40 Mk.

— **Städtischer Verkauf von Bratfett** (kein Pflanzenfett) in der Talamtschule am Freitag, den 25. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40 001 bis 46 000 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 46 001 bis 53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund zum Preise von 9 Mk. für ½ Pfund abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Verkauf von Corned-Beef.** Am Sonnabend, den 26. Juni werden bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Corned-Beef verabfolgt. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Fleischmarken 8 A und 3 B — bei den Kinderkarten 3 A — für die Woche vom 21. bis 27. Juni. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm 1,90 Mk. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Markenabschnitte in üblicher Weise bis zum 28. Juni an das Stadternährungsamt abzuliefern.

— **Verkauf von Schmalz.** Der Verkauf von Schmalz findet am Sonnabend, den 26. Juni statt. Es werden 100 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den Fleischern, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abgabe der Marke 22 der Einfuhr-Zusatzkarte (Schmalz). Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 28. Juni an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 100 Gramm 3,90 Mk.

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Freitag, den 25. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 25 001—27 500 vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 70 Gramm zum Preise von 60 Pfg. abgegeben werden. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von Trockenei** (4. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Freitag, den 25. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40 001 bis 46 000 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 46 001 bis 53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm zum Preise von 4 Mk. abgegeben werden. 50 Gramm Trockenei entsprechen der Güte von 5 Eiern. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett** in der Talamtschule am Freitag, den 25. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501 bis 73 500 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 73 501 bis 78 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 2 Dosen zum Preise von 2 Mk. für die Dose abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von Kerzen** in der Talamtschule am Freitag, den 25. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501 bis 73 500 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 73 501 bis 78 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jeden Haushalt können 3 Kerzen zum Preise von 4 Mk. für 3 Stück abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Landrat Kasparek am Werke.** Am Sonntag fand in Sangerhausen das Gewerkschaftsfest statt, auf dem der weiland „Volksblatt"-Redakteur, derzeitige Landrat von Sangerhausen Kasparek das Wort zu einer längeren Rede ergriff, in der er u. a. ausführte: Vor allem sei es jetzt notwendig, daß die Gewerkschaften, das klassenbewußte Proletariat, sich zu einer festen Front zusammenschließen gegen das kapitalistische Unternehmertum, das sich gerade in unseren Tagen mehr denn je zu einer verderblichen Macht für die Arbeiterschaft anwachse. Seine Rede schloß mit dem Wunsche, daß es dem Proletariat gelingen möge, seine sozialistischen Forderungen zu verwirklichen, und mit einem Hoch auf die Gewerkschaften und die organisierten Arbeiter. — Wo ist da jene Unparteilichkeit, die den früheren preußischen Beamten eignete? Hat es nicht vielmehr den Anschein, als ob Herr Kasparek sein Amt dazu benutzen wollte, um Klassenhaß zu säen und Parteipolitik zu treiben? Würde er wohl auch bei der Festlichkeit eines Kriegervereins seine Rede mit einem Hoch schließen?

— **Der Reichs-Rentner-Verband (Ortsgruppe Halle)** veranstaltete kürzlich im „St. Nikolaus" eine stark besuchte Generalversammlung. Der Geschäftsführer, Herr Bankier Rob. Somburg, erstattete zunächst einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des lediglich wirtschaftlichen Zwecken dienenden Vereins seit seiner Gründung, woraus u. a. hervorging, daß er jetzt schon 400 Mitglieder zählt. An mehrere Reichstagsabgeordnete ist der Verein herangetreten, um angesichts der traurigen wirtschaftlichen Lage aller kleinen und mittleren Rentner die Hilfe der maßgebenden Herren zwecks Milderung der Steuergesetzgebung usw. zu erbitten. Wir bisher eingegangene Antwortschreiben der Abgeordneten, welche sich erfreulicherweise sämtlich zustimmend zu den berechtigten Forderungen aussprachen, wurden bekanntgegeben und mit Beifall begrüßt. Die hierauf vorgenommene Bildung des Vorstandes ergab die einstimmige Wahl folgender Damen und Herren: Bankier Robert Somburg, Viktoriastr. 12, zum Geschäftsführer und ersten Vorsitzenden, Dr. Bernhard Hütte,

Wer

die Hallesche Zeitung unterstützen und damit zur Stärkung der nationalen Presse beitragen will, der berücksichtigt bei allen seinen Bestellungen und Besorgungen in erster Linie diejenigen Firmen, welche in unserem Blatte inserieren, der benutzt auch den Inseratenteil der Halleschen Zeitung, wenn er selbst etwas zu verkaufen oder zu kaufen oder sonst etwas zu erhalten wünscht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006242-12/fragment/page=0005

Bismarckstr. 11, zum Stellvertreter, Max Schultz, Tiergartenstraße 11, zum 1. Schriftführer, Frl. Heller, Mühlweg 27, zum Stellvertreter, Otto Voigt, Wettinerstr. 23b, zum ersten Kassenführer, Frl. Heise, Hermannstraße 4, zum Stellvertreter; ferner als Beisitzer Frl. Reuter, Yorckstr. 66, Rich. Golf, Göbenstr. 1, Paul Reiling, Harz 11, und Titus Tegetmeyer, Ludwig Wuchererstraße 49. Alle Vorgenannten nehmen Anmeldungen zur Mitgliedschaft gern entgegen. Jahresbeitrag 5 Mark. Schließlich wurde in der Versammlung noch bekanntgegeben, daß sich die bisher bestehenden zwei Rentner-Verbände (Hannover und Berlin) vor einigen Tagen in Wernigerode zum Deutschen Rentner-Bunde zusammengeschlossen haben. Da in Halle auch noch ein Klein-Rentner-Verband besteht, soll versucht werden, auch hier einen Zusammenschluß der beiden, gleichen wirtschaftlichen Zielen zustrebenden Vereine zu erreichen, um durch die größere Masse der Mitglieder mehr Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen

— Das Johannisfest in der „Saalschloßbrauerei" zugunsten lungenkranker Kriegerwaisen findet nunmehr bestimmt am **Dienstag, den 6. Juli** statt, da Kammersänger Kase für diesen Tag sein Erscheinen zugesagt hat. Gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit.

— Eröffnungsabend des Hochschulrings deutscher Art in Halle. In unserem gestrigen Bericht ist insofern ein Irrtum zu berichtigen, als das Auditorium maximum vom Rektor der Universität dem Hochschulring für den Abend zur Verfügung gestellt worden war.

— Die Bekämpfung der Schwindsucht. Im April 1920 wurde die hiesige Fürsorgestelle für Lungenkranke von 1342 Personen besucht, die Zahl der Zugänge betrug 120. Die Abgabe von Nahrungsmitteln ebenso die Bescheinigung ihrer Notwendigkeit ist nicht mehr in dem gewohnten Maße möglich bei der herrschenden Knappheit. Hausbesuche und Dienstwege wurden 665 gemacht. Die Zahl der offenen Tuberkulosen stieg auf 254. Demnach ist die Tuberkulose-Erkrankungsziffer immer noch im Steigen begriffen. Das erlegt uns erneut die Pflicht auf, für die Abwehr mehr wie bisher zu sorgen. Leider sind uns durch unsere heutige wirtschaftliche Lage derartige Grenzen gezogen, daß nach wie vor Tausende von deutschen Volksgenossen der Tuberkulose erliegen werden. Was in unseren Kräften liegt, geschieht zur Abwehr von uns aus hier: Heilstättenkuren, Krankenhausaufnahmen, Aufenthalt in Erholungsheimen, Landaufenthalt, Sonnenbäder usw. sind in großer Zahl von uns veranlaßt worden. Sie würden in noch mehr steigendem Maße bei noch mehr Mitteln angewendet werden können. Wir richten daher auf diesem Wege an alle Menschenfreunde die Bitte, mehr wie bisher durch Zuwendung größerer Summen oder Vermächtnissen, wie das anderwo vielfach geschieht, unserer Tuberkulose-Fürsorgestelle zu gedenken. Spenden werden erbeten an den Schatzmeister des Ortsvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle, Herrn Geheimrat Dr. Lehmann oder auf das Konto des Vereins beim Bankhause H. F. Lehmann, hier.

— Im Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten des Hygienischen Instituts der Universität wurden im Monat Mai insgesamt 1108 Untersuchungen vorgenommen, und zwar: Tuberkulose 198, Typhus 44, Ruhr 6, Diphtherie 252, Genorrhoe 30, Syphilis 510 und sonstige Krankheiten 63.

— Provinzialmuseum. Sonntag, den 27. Juni, 11 Uhr vormittags: Oeffentlicher Vortrag Prof. Hahne: Mittsommer, Johannisfest, Sonnenwende. Eintritt frei.

*

— Stadttheater. Heute Donnerstag abends um 6 Uhr gelangt Richard Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg" zur Aufführung. Freitag abends um 7½ Uhr geht Lessings „Emilia Galotti" unter der Spielleitung von Eugen Teuscher in Szene. Es sind beschäftigt: Hedwig Jonas, Charlotte von Durand, Helene Senken, Eugen Teuscher, Georg Ottmar, Hermann Wedding, Alfred Volke, Adalbert Kriwat, Josef Krahé, Willi Schur, Otto Tiedemann, Theo Schmaus, Georg Lippert. Sonnabend abends um 6 Uhr im Mittwoch-Abonnement „Die Meistersinger von Nürnberg". Sonntag nachmittag wird „Flachsmann als Erzieher" als Volksvorstellung bei kleinen Preisen gegeben. Sonntag abend „Das Dreimäderlhaus". Montag abends um 7½ Uhr im Dienstag-Abonnement „Die Afrikanerin", Dienstag „Die Meistersinger von Nürnberg".

— Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag abends um 7½ Uhr das Drama „Vor Sonnenaufgang" von Gerhart Hauptmann durch das Personal des Stadttheaters zur Aufführung.

Vereinsnachrichten.

— Der Kirchenchor St. Ulrich-Ost veranstaltet am Mittwoch, den 30. Juni, abends 7 Uhr, in der Ulrichskirche zum Besten des Kirchwesens im Ostbezirk ein Kirchenkonzert, bei dem fast alle beteiligten Kräfte aus den Reihen der Bewohner des Ostviertels gewonnen sind. Karten zu 3, 2 und 1 Mark sind in der Stadt bei Helmbold u. Co. und E. Puppendick, im Ostviertel bei P. Fritzsche und Fräulein Passig sowie am Konzertabend an den Kirchtüren zu haben. (Vgl. Inserat vom 19. d. M.)

Provinz Sachsen

Sachsen für die Südlinie

Die sächsische Regierung hat sich mit allem Nachdruck **für die südliche Linie des Mittellandkanals** ausgesprochen und tritt gleichzeitig für den Ausbau des **Elster—Saale-Kanals** ein. Sie ist der Ueberzeugung, die Bedeutung Leipzigs als Handels- und Industriestadt sei so überragend, daß Westsachsen bei der Anlage eines Kanalnetzes keinesfalls unberücksichtigt gelassen werden dürfe. 300 000 Mk. sind bereits zu technischen Vorarbeiten für den Elster—Saale-Kanal vorgeschossen.

g. Raßnitz (Kr. Merseb.), 25. Juni. (**Neuer Braunkohlenschacht.**) Das schon länger gehegte Projekt der Verwaltung der A. Riebeckschen Montanwerke A.-G. in Halle a. S., in hiesiger Feldmark einen Braunkohlenschacht ins Leben zu rufen, hat jetzt eine greifbarere Gestalt angenommen. Durch Beamte dieser Aktiengesellschaft sind schon länger mit hiesigen Grundstücksbesitzern, sowie mit denen in den angrenzenden Feldmarken wegen Ankaufs von Feldgrundstücken zu bergmännischen Nutzungen Verträge zum Abschluß gekommen und neuerdings ist mit der hiesigen Gemeinde Fühlung genommen worden zwecks Anlage eines Braunkohlenschachtes, deren Verhandlungsfolgen dazu geführt haben, daß die Anlage festgelegt worden ist. Beamte weilten deshalb kürzlich hier und nahmen Vermessungen betreffs der örtlichen Anlage vor und die ersten Spatenstiche zum Abteufen des Schachtes sind bereits geschehen. Die örtliche Anlage ist in gleicher Höhe mit der Ziegelei in der östlichen Feldmark hinter den letzten nach Weßmar zu befindlichen Häusergrundstücken gelegen. Die Ableitung der Grubenwässer soll nach der Elster durch einen unterirdisch angelegten Stollen erfolgen.

g. Aus der Elster- und Luppenaue, 25. Juni. (**Die Heuernte**) ist auf den hiesigen Elster- und Luppenwiesen bis auf wenige noch nicht gemähte Flächen derartig vorgeschritten, daß sie bereits ihrem Ende entgegengeht. Die Zeit für dieselbe war in diesem Jahre recht kurz, wohl selten sind die Arbeiten bei der anhaltenden Trockenheit und bisweilen tropischen Sommerhitze so schnell von statten gegangen, wie heuer. Das Futter ist daher gut trocken eingebracht und von tadelloser Farbe. Der Ertrag ist recht befriedigend, teilweise sogar sehr reichlich. Es kommen Erträge bis zu 20 Zentner pro Morgen vor, natürlich auch weniger. Bei dem Futterwerte ist der Preis immer noch ein hoher, indem pro Fuder ab Wiese je nach der Qualität bis 30 M. geboten werden. Der Grasboden ist durch die Sommerhitze stark ausgetrocknet und bedarf ergiebiger Niederschläge, wenn er Grumt liefern soll.

g. Aus dem Elstertale, 25. Juni. (**Landwirtschaftliches.**) Die anhaltende regenlose Zeit hat die obere Humusschicht unserer Felder förmlich ausgedörrt, so daß dieselbe teils aschenartig, teils hart geschlagen keinerlei Frucht mehr besitzt. Die Hackfrüchte hängen daher matt die Blätter und lechzen nach Regen, nicht minder die Halmfrüchte, denen es an Frucht zu der Körnerausbildung fehlt und die der Notreife entgegengehen; auch der Kleenachwuchs läßt zu wünschen übrig; kurz, die herrlichen Ernteaussichten kehren sich in das Gegenteil um, wenn der Himmel nicht bald seine Schleusen öffnet und Regen spendet.

R. Dessau, 23. Juni. (**Die Fleischverhältnisse in Anhalt bessern sich bereits.**) Das Landesernährungsamt kann mitteilen, daß von jetzt ab wöchentlich 150 Gramm Fleisch pro Kopf abgegeben werden können. Auch der neulich gewaltig gestiegene Preis kann wieder bis 1,30 M. herabgesetzt werden.

„H. Z." Sportberichte

— Die deutsch-akademische Olympiade, die vom 29. Juli bis 1. August in **Hannover** stattfindet, geht zum 7. Male vor sich. Die Elite der deutschen und deutsch-österreichischen studierenden Jugend wird sich hier nach siebenjähriger Pause zu gemeinsamen Wettkämpfen einfinden. Die Ausschreibungen enthalten u. a. folgende **Meisterschaften: Turnen:** 12- und 6-Kampf; Schleuder-, Schlag- und Faustball; **Leichtathletik:** 100-Meter-, 400-Meter-, 1300-Meter-Lauf, Diskuswerfen, Weit- und Hochsprung, Fünfkampf; **Schwimmen:** 100-, 300-Meter-, viermal 100-Meter-Staffel; **Fechten:** Florett, Leichter Säbel und Degen; **Tennis:** Einzel- und Doppelspiel für Damen und Herren; **Rudern:** Vierer, Doppelzweier o. St., Einer und Achter.

— Der Besuch schwedischer Turner in Berlin. Der Besuch der schwedischen Turner- und Turnerinnen-Mannschaft in Berlin wird willkommene Gelegenheit bieten, einen Blick in das Lingsche Turnsystem zu tun, dem Schweden seine vorzügliche Volkskonstitution verdankt. Die Vorführungen finden am Freitag abend 6 Uhr im Marmorsaal des Zoologischen Gartens statt. Im Anschluß daran gibt der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen seinen schwedischen Gästen einen Empfang in den Festräumen des Zologischen Gartens.

— 1¼ Millionen Turner. Die Deutsche Turnerschaft zählte am 1. Januar d. J. 1 250 000 Gesamt-Mitglieder. Dieses erfreuliche Steigen läßt einen guten Ausblick zu, insbesondere hat das Turnen und Spielen der Kinder große Ausbreitung erfahren. Den weiteren Meldungen zufolge schreitet das Wachstum fort.

— Neue Renntermine. Die vorläufige Verteilung der nachbewilligten Renntage hat jetzt durch die oberste Rennbehörde stattgefunden. Die Termine sind so gewählt, daß die bereits festgesetzten Meetings der einzelnen Rennplätze noch mehr erweitert wurden. Auf die vier Berliner Galoppbahnen entfallen 25 neue Renntage, davon auf den Berliner Rennverein 6, den Union-Klub 5, den Verein für Hindernisrennen 4 und den bisher leer ausgegangenen Strausberger Rennverein, der seine Rennen in Karlshorst laufen läßt, 10, davon einer im September und je 3 im August, Oktober und November. Die Bahnen im Reiche erhielten folgende neue Renntage bewilligt: Hannover: 4. Juli, 10., 12., 14. September; Frankfurt a. M.: 21. August, 3. und 4. Oktober; Krefeld: 11. August, 13. Oktober; Köln a. Rh.: 16 August und zwei Oktobertage; Magdeburg: 26. August, 2. und 3. Oktober; Breslau: 20., 22. und 23. August; Dortmund: 8. September, 7. November; Halle a. S.: 24. September und 24. Oktober; Horst-Emscher: 1. November.

— Ein großer Erfolg. In der **Luxussteuerfrage** für Pferde kann der Reichsverband für Zucht und Prüfung deutschen Halbbluts einen sehr erfreulichen Erfolg verzeichnen, indem seine Abänderungsvorschläge, welche er in Verbindung mit einem Antrag an den Reichsrat eingesandt hatte, fast durchweg angenommen worden sind. Als Hauptpunkt ist hervorzuheben, daß **alle jungen Pferde,** so lange sie noch **Fohlenzähne** haben, mithin bis etwa 4½ Jahre, künftig als Fohlen gelten und noch nicht für die Luxussteuer in Frage kommen. Ebenso wurde der Antrag, daß bei Ankauf von Zuchtpferden der 13½ Prozent betragende Luxussteuerzuschlag zurückzuerstatten ist, angenommen. Auch dies ist hocherfreulich, da in dieser Beziehung bisher nur Staatsgestüte berücksichtigt waren. Wir werden auf die Einzelheiten noch zurückkommen.

Vom Büchertisch

— Ein Morgen soll noch kommen! Von Fritz Jaffé. Verlag der J. G. Cottaschen Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart und Berlin. Geheftet 6 Mk., in Halbleinen geb. 11 Mk. — „Den alen Fahnen! — Den toten Brüdern! — Dem neuen Leben!" Dieser Leitspruch, der dem schönen Gedichtbande vorangesetzt ist, umgreift seinen Inhalt: durch den starken Auftrieb des Krieges und durch alle Not des Zusammenbruches führt er und wird am Ende, da die Waffen ruhen, zu einem gläubigen Verkünder einer leuchtenden Zukunft, die wir uns über alle Bitternis der Gegenwart hinweg durch Kraft und Tat wieder erringen werden.

— H. Josephson, Psalter und Harfe, wacht auf! 17 Liederpredigten. (92 S.) Halle (Saale). Müllers Verlagsbuchhandlung. 1920. Preis geh. 5,50 Mk. — Daß Lieder des Gesangbuches den Hauptgegenstand und -Inhalt von Predigten bilden, ist nicht ganz neu, vom Verfasser aber zum ersten Mal m. W. in größerem Umfang durchgeführt. Der Gedanke hat sich zweifellos sehr bewährt; er dient dazu, die oft ganz verborgen liegenden Schätze des geistlichen Liedes zu heben und fruchtbar zu machen und dadurch auch der Predigt neue Stoffquellen zu erschließen. Der Verfasser beherrscht das ganze weite Gebiet des Gesangbuchs und seiner Geschichte in hervorragendem Maß, und so wird von diesen Reden mannigfache Anregung und innere Förderung ausgehen. N. E.

— Herbstfahrt an die Ostsee. Von Ludwig Sternaux der „Reisen durch deutsches Land" 2. Band. 3 Mk. brosch., 4,70 Mk. gebunden. Verlag von Edwin Runge in Berlin-Lichterfelde. — „Ein herbstliches Gesicht" im Georgeschen Sinne — so kann man wohl die „Herbstfahrt an die Ostsee" nennen, die Ludwig Sternaux als 2. Band der „Reisen durch deutsches Land" seinem von Kritik und Publikum mit so warmem Beifall aufgenommenen „Sommer im Harz" folgen läßt. Es ist die Schilderung einer Reise nach Rügen, in knappen, kurzen Bildern wiedergegeben, die den Reiz der Unmittelbarkeit atmen. Meer und Wald erstehen in leuchtenden Farben, den wundervollen Farben des Herbstes, der noch einmal die Natur mit funkelndem Glanz überschüttet, ehe sie sich zum Winterschlafe anschickt.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Wetterbericht

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes.
Freitag: Zeitweise aufklarend, vorwiegend trocken, mäßig warm.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G., Filiale **Halle a. S.,** Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. **Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte**

Stellen-Angebote

Feldbahn-Interessen-vertretung
von leistungsfähiger Gesellschaft für **Mitteldeutschland zu vergeben.**
Herren mit guten Beziehungen zur Industrie und Baubranche belieben sich zu wenden unter **M. M. 1851** an **Ala. Haasenstein & Vogler, Leipzig.**

Welcher in deutschvölkischer Beziehung zuverlässige
verkehrsgewandte Mann
stellt sich für **Arbeiten i. Abstimmungsfragen**
gegen bescheidene Vergütung zur Verfügung?
Schriftliche Angebote unter **B. A. 1805** an **Rudolf Mosse,** Brüderstr. 4, erbeten.

Aelteres Fräulein
für meine 3 Kinder, 7, 2 und ½ Jahr, gut empfohlen, kinderlieb, selbständig u. zuverlässig, gesucht. Muß in Kinderpflege erfahren sein u. Hausfrau vertreten können. Junge Kindergärtnerin vorhanden. Angebote mit Bild, Lebenslauf u. Zeugnisabschriften erb. an Frau Cl. Schreck, Halle S., Kurallee 8.

Wir suchen für die Leitung unserer Anstaltsküche bei hohem Lohn ein
ält. Mädchen od. alleinst. Frau.
Meldungen mit Zeugnissen erbeten an das Ev.luth.Gemeindehaus Barmen, Wilhelmstr.

Gesucht z. 1. Sept. weg. Heirat des jetz. Mädchens ein in ihrem Fach durchaus erfahrenes, tüchtig.
1. Stubenmädch.
mit nur guten Zeugnissen. Zu erfragen nachm. 5 bis 7 Uhr. Schriftlich mit Zeugn.-Abschrift. u. Bild **Halle, Schimmelstr. 8** Kommerzienrat Dehne.

Wirtschafterin
erfahren im Kochen, Schlachten, Backen, Geflügelzucht usw. für adlig. Rittergutshaushalt (keine Leute-Beköstigung) zum 1. Juli [illegible] gesucht. Angebote unter **Z. 2984** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Dienstboten vom Lande,
Haus- u. Stubenmädchen, Köchin., Wirtschafterinnen Mamsells, Kinderfräulein Stützen, Jungfern usw. findet man zuverlässig und schnell durch ein Inserat im **„Cöthener Tageblatt", Cöthen (Anhalt).** Zeile 1,20 Mk.

Kaufgesuche

Zweifamilienhaus
(Villa)
mit Garten und Stallung, im Norden der Stadt gelegen, sof. zu kaufen ges. Angeb. unt. **B. B. 1786** an **Rudolf Mosse,** Brüderstraße 4, erbeten.

Für Export
geeignete Fertigwaren, insbes. Glas u. Porzellan, kaufen
Carl J. Kulliek & Co., Wandsbek-Hamburg.
Kostenl. Muster erb.

Verkäufe

Großes massives
Hausgrundstück,
Nähe Stadttheater u. Bergamt, auch sehr passend zu Bürozwecken für große Gesellschaft, zu verkaufen. Off. erbeten unt. B. F. 1810 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4.

Inventar-Auktion.
Wegen Aufgabe meiner Rittergutspachtung verkaufe ich am **28. Juni cr., vorm. 9 Uhr** auf dem
Rittergutshof in Beesen
meistbietend gegen Barzahlung:
1 guten neunjährigen Fuchswallach, Halbblut, 1 braunen Wallach, 7jährig, 1- u. 2spännig gefahren und gut zugeritten, 1 Halbverdeck, 2 Jagdwagen, mehrere Kutschgeschirre, 2 Ableger-Erntemaschinen, verschiedene Einscharpflüge mit und ohne Karre, 1 Zimmermannsche 3 mm Drillmaschine, 1 guten Westfalia-Düngerstreuer, 1 Dreschkasten, Marke Garret-Smitt, 1 Zimmermannschen Grasmäher, 9 einschl. und 23 zweischl. eiserne Bettstellen, 8 Rollwagenräder, 1 Butterfaß, 1 Käsetonne und verschiedene andere Inventargegenstände.
Oskar Handt.

Großer Transport hochtragender

ostfriesischer Färsen
steht von Sonnabend, den 26. ab in meinen Stallungen zum Verkauf.
Wilhelm Schloss,
Tel. 1339. Königstraße 62.

Ein in fruchtbarster Gegend der Goldenen Aue belegenes
Rittergut (Restgut),
als **Gemüsegärtnerei** eingerichtet, ist für **190 000 Mk. sofort verkäuflich.** Ca. 8000 qm Ia Gemüseland, großes, neu renoviertes Wohnhaus, Wasserleitung, Bad, elektr. Licht, Stallung und Geflügelhaus. 15 Min. von der Bahn Halle—Nordhausen am Kyffhäuser. Auch als Sanatorium Pension geeignet.
Alfred Morgenroth, Architekt für Gartenbau, i. Fa. Carl Lieberts Gartenbau, Halle a. S., Poststr. 1.

Heute ist ein Transport
belg. Arbeitspferde
darunter **Zuchtstuten**
sowie eine Auswahl eleganter

Reit- und Wagenpferde,
darunter sichere **Einspänner**
zum Verkauf angekommen.
S. Pfifferling,
Halle a. S., Franckestr. 17.
Teleph. 6288.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006242-12/fragment/page=0006